

Jeder kennt die großen Probleme, die sich trotz Wirtschaftsaufschwung in der BRD aufgehäuft haben: Wohnungsnot, Preissteigerungen und Anhalten der Massenarbeitslosigkeit. Die Kohl-Regierung trägt dafür die Verantwortung.

Regierung kann soziale Probleme nicht lösen

Wenn man abends Nachrichten sieht, erfährt man meistens, daß Kohl selbst oder Minister seiner Regierung auf Auslandsbesuchen oder in der DDR beim Wahlkampf waren und über die „deutsche Einheit“ sprachen. Selbst wenn nichts Neues dabei herauskommt - wie beim Besuch Kohls und Genschers in Moskau -, schaffen es diese Regierungspolitiker, vor der Fernsehkamera mit Tränen in den Augen von dieser „historischen Stunde für das Volk“ zu sprechen.

Viele Arbeiter und Jugendliche in der BRD haben hohe Achtung vor dem Mut und Kampfeswillen, den ihre Kollegen aus der DDR in den letzten Monaten gezeigt haben. Doch umso mehr muß man sich die Augen reiben angesichts des Versuchs von Kohl und seiner Regierung, sich mit dieser nationalistischen Kampagne auf Kosten der DDR-Arbeiter zu profilieren.

Die Regierung will mit ihrem Nationalismus erreichen, daß die Probleme in der BRD als etwas ganz Kleines gegenüber den großen Fragen der Nation erscheinen. Sie sieht dies als ihren Rettungsanker, der ihre unsoziale Politik vergessen machen soll.

Wohnungsnot

Die Wohnungsnot in der BRD verschärft sich weiter. Immer mehr Familien suchen und finden keine passende Wohnung. Die Vermieter sehen dabei ihre Chance gekommen und erhöhen drastisch die Mieten. Es ist immer noch das Hauptproblem, daß in den letzten Jahren kaum neue Mietwohnungen entstanden und viele in Eigentumswohnungen umgewandelt wurden. Verantwortlich dafür war in erster Linie die Liberalisierung des Mietrechts zugunsten der Unternehmer durch die Kohl-Regierung. Bei Tausenden von Wohnungen entfiel die Sozialbindung. Durch die Aus- und Übersiedler wurden die Folgen dieser Politik nur drastisch offengelegt. Schuld an der Wohnungsnot haben nicht die Übersiedler, sondern die Bonner Regierenden.

Jahrelang hat die Kohl-Regierung Warnungen in dieser Richtung aus den Reihen der SPD und Gewerkschaften in den Wind geschlagen. Den Hauptzweck ihres Daseins sieht diese Regierung darin, den Unternehmern das Geschäftemachen zu erleichtern. Sie ist gleichgültig gegenüber dem Schicksal der Arbeiter und Arbeitslosen.

Kohls Schönfärberei

Weiter macht die Kohl-Regierung Propaganda mit den Wachstumszahlen der letzten Jahre. Sie weiß, daß der Aufschwung noch bis zur Bundestagswahl anhalten wird. Doch der Wirtschaftsverlauf in der BRD ist weltweit bedingt; fast überall in den westlichen Industrieländern gibt es Aufschwung, unabhängig davon, welche Regierung das Sagen hat.

Die Unternehmer und die Bundesregierung wissen, daß eine Wirtschaftskrise in den nächsten ein, zwei Jahren wahrscheinlich ist. Was passiert dann mit den Arbeitern und Arbeitssuchenden? Die letzte Krise von 1980-82 bedeutete ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit von einer auf zwei Millionen. Sie sank jetzt im Aufschwung noch nicht einmal!

Kohl scheint es für nötig zu finden, alles in schönsten Farben zu malen, um die nächsten Wahlen zu gewinnen. Wir sollten aber klar sehen, daß unter der Herrschaft der Unternehmer und mit der Kohl-Regierung weitere Verschlechterungen für die Arbeiter und Jugend zwangsläufig sind.

Doch marxistische SPD-Mitglieder sind nicht einfach Miesmacher. Wenn wir uns jetzt schon zu wehren beginnen, wenn wir uns jetzt schon in SPD und Gewerkschaften organisieren, ist es möglich, unsere Zukunft positiv zu gestalten. Dazu wird es aber auch notwendig sein, für ein radikales Reformprogramm in der SPD zu kämpfen und die SPD- und Gewerkschaftsführung zu drängen, den Kampf gegen Kohl offensiv aufzunehmen.

Bruno Hof, Köln, Jungsozialist

SPD in die Offensive!

Kohl muß weg!

18. März: Volkskammerwahl in der DDR

Volksabstimmung gegen Bürokratie

Aber wählen genügt nicht

Die Volkskammerwahl am 18. März wird für die DDR-Bevölkerung von großer Bedeutung sein. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten hat sie die Möglichkeit, ohne Angst vor Stasi-Terror an einer Wahl teilzunehmen.

Schon allein diese Möglichkeit ist eine große Errungenschaft der Bewegung. Es gilt, mit der Stimmabgabe am 18. März eindeutig zu sagen: Ich bin gegen die PDS, sie muß ein für allemal weg! Wir rufen unsere Leser in der DDR auf: Keine Stimme der PDS und den früheren Blockparteien bzw. der Bündnisse, in denen diese sich jetzt verstecken.

Doch wer kontrolliert die Durchfüh-

rung der Wahl und die Stimmenaushändigung? Die jetzige Regierung und die jetzige Volkskammer sind durch nichts legitimiert, daher sind wir dafür, daß sie bis zu ihrer Ablösung solche wichtigen Aufgaben nicht übernehmen dürfen. Die Wahl sollte deshalb von den Oppositionsgruppen und den Betriebsräten überwacht und organisiert werden. Die Opposition könnte dazu eigens Ausschüsse ins Le-

ben rufen.

Eine solche Selbstorganisation der Arbeiter und der Jugend, vor allem der Aufbau der Betriebsräte, sollte in Zukunft noch drastisch ausgebaut werden. Dies wird nötig sein, um die Bürokratie zu ersetzen, denn deren grundlegende Stellung in der Gesellschaft wird auch durch die Wahl nicht eingeschränkt werden.

Es ist wahrscheinlich, daß die SPD durch die Wahl zur führenden politischen Kraft in der DDR wird. Mit ihr verbindet ein Großteil der Arbeiter die Hoffnung auf eine gute wirtschaftliche Entwicklung, Erhöhung des Lebensstandards und soziale Sicherheit. Doch das auf Marktwirtschaft ausgerichtete Programm der SPD würde,

wenn es verwirklicht werden sollte, zum genauen Gegenteil dieser Erwartungen führen.

In der Diskussion um die Währungsunion konnte man sehen, daß ungeheures Elend droht, wenn wir uns an die Ratschläge der Großunternehmer in der BRD und der Bürokraten in der DDR halten (siehe dazu auch Seite 3). Wir sind gegen Privatisierungen und Angriffe auf den sozialen Standard!

Das bisherige Haupthindernis für die Entwicklung der Wirtschaft war die Existenz einer riesigen bürokratischen Kaste, mit eigenen sozialen Interessen und einer notorischen Unfähigkeit, vernünftig zu planen. Diese Bürokratie herrscht immer noch.

Doch wir Arbeiter können es besser!

Zur Zeit werden viele Betriebsräte oder andere Arbeitervertretungen aufgebaut. Könnten nicht die Betriebsräte direkt die Leitung der Betriebe übernehmen? Ein dichtes Netz von Betriebsräten in der ganzen DDR könnte selbst die Bürokratie ablösen. Wichtig ist: Kein Vertreter der Arbeiter auf allen Ebenen darf mehr als einen durchschnittlichen Arbeiterlohn verdienen und alle müssen jederzeit abwählbar sein.

Für den Sturz der Bürokratie! Gegen eine prokapitalistische Politik! Für Arbeiterdemokratie!

Macht die Volkskammerwahl zu einer Volksabstimmung gegen die herrschende Bürokratie.

Der Kommentar

SPD-Sieg an der Saar

Viele Arbeiter und Aktive in SPD und Gewerkschaften waren vom Ausgang der Landtagswahl im Saarland am 28. Januar angenehm überrascht. Wer hat diesen riesigen Wahlsieg vorausgesehen? 54,4% für die SPD gegenüber 49,2% 1985. Noch hervorsteckender wird dieser Sieg angesichts des Ergebnisses bei der Bundestagswahl 1987, wo die SPD im Saarland nur 43,5% erreichte.

Die Niederlagenserie der CDU setzt sich weiter fort. Sie wurde von nur 33,4% der Wähler unterstützt (Landtagswahl 1985: 37,3%, Bundestagswahl 1987: 41,2%). Der seit zwei Jahren anhaltende Niedergang der Union bei den Wahlen zeigt sich darin, daß sie nur noch mit der CSU in Bayern die absolute Mehrheit in einem Bundesland hält, während die SPD in vier Ländern, nämlich NRW (52,1%), Bremen (50,5%), Schleswig-Holstein (54,8%) und jetzt auch im Saarland alleine regiert.

Als die SPD in Schleswig-Holstein die Wahl gewann, führten alle politischen Beobachter das Ausmaß der Stimmengewinne auf die Barschel-Affäre zurück. Wenn die SPD jetzt dasselbe Ergebnis ohne einen solchen besonderen Faktor bekommt, darf man nicht zur Tagesordnung übergehen, sondern muß genau analysieren, wie dieses möglich war. Im Saarland fand die erste Wahl in der BRD seit Beginn der politischen Revolution in der DDR statt. Und offensichtlich konnte dies die CDU nicht für sich ausschlagen. Kohl persönlich intervenierte mehrmals im Saar-Wahlkampf, doch die Wähler ließen sich durch seine nationalistischen Parolen nicht beirren. Auch die FDP, die bei 5,6% landete (1985: 10%, 1987: 6,9%), profitierte nicht davon, daß Genscher jeden Abend in den Nachrichten als kluger Diplomat dargestellt wird, der die ganze Welt von der deutschen Einheit überzeugt.

Die Sorgen der Bürgerlichen

In ihrer eigenen Überraschung konnten sich die bürgerlichen Politiker das Ergebnis nur mit der „Saartümelei“ Oskar Lafontaines erklären, was die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ) zu dem Kommentar veranlaßte: „Amüsant sind die Versuche der bürgerlichen Politiker, ihre Niederlage zu verharmlosen.“ (30.1.90) Nüchternere bürgerliche Kommentatoren sehen durchaus, daß bislang die Entwicklungen in der DDR auch in Zusammenhang mit der Forderung nach Wiedervereinigung eher der SPD genutzt hat. Die FAZ schrieb nach der Saarwahl: „Dennoch kann die CDU Lafontaines Sieg nicht nur als ‚Saartümelei‘ abtun. Der Sieg Lafontaines in Saarbrücken und die gleichzeitige Auferstehung der SPD in der DDR können der Anfang vom Ende der CDU/CSU-FDP-Regierung in Bonn sein.“ (30.1.90) Und, schon fast ein Abgesang auf Kohl: „Im Rückblick wird sich einmal ein geschichtlicher Rang dieses Bundeskanzlers erweisen, der Ost- und Westpolitik im Deutschland zu verbinden weiß, gleichwohl hat sein Ansehen nicht das Gewicht seiner Erfolge erreicht. Das Bestehen seiner Regierung über das Jahr hinaus ist fraglich.“ (31.1.90)

In der Tat hat die Bewegung in der DDR eher die SPD-Anhänger motiviert. Bei der SPD-Wahlfeier in Saarbrücken skandierten die versammelten SPD-Mitglieder: „Wir sind das Volk.“ Lafontaine sagte im Wahlkampf, daß sein Ziel soziale Verbesserungen in der DDR und der BRD sei, und daß dies Vorrang habe vor dem abstrakten Ziel der Wiedervereinigung, das Kohl auf den Lippen führt. Die Wahl zeigt, daß er damit die Sorge der Arbeiter anspricht.

Die Ängste der Arbeiter

Doch Lafontaines Propaganda gegen die Übersiedler – wie schon zuvor gegen die Aussiedler – ist ein gefährliches Spiel mit dem Feuer. Sie ist dazu geeignet, Vorurteile zu schüren, die Arbeiter zu spalten und von den eigentlich Verantwortlichen abzulenken. Nicht die Übersiedler verschulden Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit, sondern Kohl und Kapital. Die Politik der SPD-Führung zeigt derzeit keine klare Alternative zur Bundesregierung. „Soziale Gerechtigkeit“ ist im Rahmen einer Marktwirtschaft nicht zu erreichen, sondern nur in einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft. Doch davon spricht die SPD-Führung nicht mehr. Mit solcher Politik wird Lafontaine die in ihn gesteckten Erwartungen nicht erfüllen, wenn er selbst Verantwortung auf Bundesebene haben wird. Viele Vorhaben will er über Steuererhöhungen und Kürzungen finanzieren, d.h. über „Opfer“ der Beschäftigten. Dagegen werden sich die Arbeiter im gegebenen Fall zur Wehr setzen müssen. Marxisten in der SPD kämpfen für weitreichende Verbesserungen für die Arbeiter und Angriffe auf die Unternehmer, die in den letzten Jahren riesige Gewinne machten.

In den Augen vieler spielten diese Widersprüche Lafontaines bei der Wahl nicht die größte Rolle. Seine Kritik an Kohls Heuchelei fiel auf fruchtbaren Boden.

Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang, daß in einer Umfrage vom Februar Lafontaine als der relativ beliebteste BRD-Politiker in der DDR angesehen wurde. Es gibt in der DDR die vorherrschende Stimmung für die Wiedervereinigung, aber auch als ein Mittel, die eigene soziale Lage zu verbessern. Lafontaines Argumente gegen eine schnelle Vereinigung, weil diese hüben wie drüben große soziale Probleme verursache, scheinen auch in der DDR von vielen Arbeitern geteilt zu werden. Die Saarwahl und diese Umfrage zeigen, daß Kohls Nationalismus kein Garant für einen Stimmungsumschwung zugunsten der Regierungskoalition ist.

DDR: Die letzten sechs Monate

Erst der Beginn der Revolution

In den Festreden zum 200. Jahrestag der Französischen Revolution im Juli '89 legten viele bürgerliche „Experten“ vor allem auf zwei Dinge wert: Revolutionen seien erstens immer eine brutale und blutige Angelegenheit und gehörten zweitens endgültig der Vergangenheit an. Drei Monate später bewies die Massenbewegung des Volkes der DDR das genaue Gegenteil.

Die offenkundige Fälschung der Kommunalwahlen im Mai 1989 und die verständnisvolle Berichterstattung der DDR-Medien über das chinesische Massaker Anfang Juni führten zu einer neuen Qualität von Bürgerprotest. Wirtschaftliche Stagnation, katastrophale Umweltzerstörung und bürokratische Bevormundung ließen den Alltag für viele unerträglich werden. Die Ausreisewelle des Sommers machte dies sichtbar. In Leipzig, aber auch in Ost-Berlin, wurde im September 1989 die Parole „Wir wollen raus“ immer mehr von dem Ruf „Wir bleiben hier“ und „Wir sind das Volk“ über-

hat. Unter dem Druck der angelaufenen Massenbewegung versuchten nun Teile der herrschenden Bürokratie durch „Reformen von oben“ die Revolution von unten zu stoppen. Am 18. Oktober wurde Honecker abgesägt und durch Krenz ersetzt. Doch die Bewegung schwoll immer stärker an, erfaßte das ganze Land, Armee und Polizei. Die SED wich weiter zurück. Die Massendemonstration am 4. November in Ost-Berlin zeigte, daß zunächst sozialistische Parolen vorherrschend waren, die sich gegen bürokratische Allmacht richteten.



Massendemonstration in Ost-Berlin am 4. November 1989.

tönt. Die Revolution nahm ihren Lauf.

Als am 9. Oktober 70.000 Menschen in Leipzig demonstrierten, rechneten viele von ihnen mit einer gewaltsamen Niederschlagung. Das Regime hielt sich – fast in letzter Minute – zurück. Hätten die damaligen SED-Führer eine „chinesische Lösung“ versucht, dann hätte dies wahrscheinlich eine Spaltung der Armee und Polizei und einen Arbeiteraufstand provoziert, so wie er zweieinhalb Monate später tatsächlich in Rumänien stattgefunden

Als am 9. November Pläne für Reisefreiheit bekannt wurden, kletterten Tausende Jugendlicher ohne Behinderung durch die Grenztruppen über die Berliner Mauer. Doch auch die Reisefreiheit ab diesem Tag konnte die Revolution nicht stoppen.

Absetzung von Krenz

Die verzweifelten Versuche der SED-Spitze, durch Enthüllungen über Korruption und Amtsmissbrauch Sündenböcke zu opfern, führten zu Massenaustritten aus der SED und der

Forderung nach Selbstauflösung. Krenz wurde nach knapp 50 Tagen als Generalsekretär wieder abgesetzt. Die Enthüllungen über die schweren wirtschaftlichen Probleme sowie der Vergleich mit dem durchschnittlichen Lebensstandard in der BRD brachten nun wieder verstärkt zum Vorschein, was lange Jahre hindurch geschlummert hatte und für unerreichbar gehalten worden war: die Sehnsucht nach einer Überwindung der deutschen Teilung, die schnell zu einem vorherrschenden Thema der meisten Demos wurde. Für die Masse der Bevölkerung gab es nichts Positives mehr, was sie mit dem SED-gelenkten Staat DDR noch identifizieren konnten.

Anfang Januar versuchte die inzwischen weiter geschrumpfte SED-PDS durch eine gezielte Kampagne gegen (aufgebaute) faschistische Umtriebe wieder das Heft in die Hand zu bekommen und die zerbröckelnde Staatssicherheit (Stasi) wieder aufzurichten. Doch die Masse ließ sich nicht täuschen. Die Berliner und einige bezirkliche Stasi-Zentralen wurden von Demonstranten gestürmt und, wie schon zuvor, mußte auch hier die Regierung Modrow vor dem Druck des Volkes zurückweichen. Wegen drohender „Unregierbarkeit“ des Landes wurde die Volkskammerwahl nun auf den 18. März vorverlegt.

Streikwelle

Bei den Wahlen treten jetzt alle Parteien bis hin zur PDS (Ex-SED) für „Marktwirtschaft“ und „Deutschland, einig Vaterland“ ein. Für manche Jugendliche, die mit als erste (noch illegal) demonstrierten, ist damit die Revolution endgültig begraben. Doch Revolutionen verlaufen nicht geradlinig und zielstrebig wie im Bilderbuch. Revolutionen sind Prozesse mit Ebbe und Flut und begleitet von Versuchen der Konterrevolution.

Schon seit Januar hat eine Welle von Streiks mit politischen, sozialen und Lohnforderungen das ganze Land erfaßt. In vielen Betrieben wurde damit begonnen, demokratische Vertretungsorgane oder Betriebsräte aufzubauen.

Die Mitte Februar sichtbar gewordene Panik angesichts von Gerüchten über Geldentwertung und Preissteigerungen zeigt, daß die Stimmung sehr labil ist und jederzeit wieder in Wut und neue, explosive Massenbewegungen umschlagen kann.

Hans-Gerd Öfinger, Wiesbaden
Jungsozialist

Stasi-Machenschaften

Augenzeugenbericht

In der dritten Januarwoche saß ich abends in Berlin in einer Kneipe zufällig mit Jemandem zusammen, der Oberstleutnant bei der Stasi war. Er bat mich, ihm mal meinen Ausweis zu zeigen. Nachdem er ihn sich angesehen hatte, eröffnete er mir: Er sei einer von denen gewesen, die ins Internierungslager gekommen wären.

„1982 hat es bei uns mit der Friedensbewegung angefangen, und seitdem gibt es in jedem Personalausweis auf der ersten Seite unten – ganz unauffällig – einen kleinen Buchstaben. Ich war zu der Zeit in der Friedensbewegung aktiv und habe wegen der politischen Aktivitäten auch im Knast gesessen. Mein Ausweis ist 1984 ausgestellt worden, und seitdem habe ich ein „C“ auf der ersten Seite.“

Es gibt eine Reihe unterschiedlicher Buchstaben zur Kennzeichnung, was sie alle im einzelnen bedeuten, weiß ich nicht. Aber „C“ war der Buchstabe zur Kennzeichnung von „Politischen“ und von Stasi-Spitzeln. Auch sie wä-

ren in ein Internierungslager gekommen. Sie waren gefährlich, denn sie wissen zu viel: z.B. wo all die Akten liegen. Sie konnten ja auch genau die Arbeitsmethoden, wußten Bescheid über die Decknamen und wo einige von den Stasi-Leuten wohnten.

Ein Glück, daß die Bewegung im Oktober/November so stark war. So traute sich die Bürokratie nicht mehr, die von ihnen vorbereiteten Maßnahmen umzusetzen. Geplant war, die Stasi-Spitzel und die Politischen gleich abzuholen, und diese wären auf Nimmerwiedersehen in die Internierungslager gekommen, die wir jetzt aufgedeckt haben, z.B. in der Leuchtenburg oder auch in Eisenberg.“

Der Stasi-Oberstleutnant hat das Lager in der Leuchtenburg selbst mit aufgebaut. Er sagte: „Es war vorgesehen, uns langsam zu vergiften, mit Arsen z.B., oder, wenn wir uns aufgelehnt hätten, wären wir erschossen worden.“

„Als das große Lager aufgebaut wurde, war da natürlich eine Großbaustelle. Ich habe damals die Leute befragt, was sie da bauen, und sie ha-

ben mir erzählt, da kämen die Antragsteller (diejenigen, die einen Ausreisearbeit an gestellt haben, d. Red.) hin. Sie würden da gesammelt, damit Wohnraum frei wird für andere Bürger, die ihn dringend nötig haben.“

Der Stasi-Oberstleutnant sagte mir, er könne das alles nicht mehr ertragen. Er sei von Kindheit so erzogen worden, daß er wirklich aus Überzeugung gehandelt habe. Außerdem hatte er noch eine ganze Reihe von Vorteilen: Er hat gut verdient, hatte größere Chancen auf eine Wohnung und durfte auch in den Westen fahren.

Während er mir das alles erzählte, trank er mehr und mehr. Noch am selben Abend hat er sich aufgehängt. Am nächsten Tag haben sie ihn dann gefunden.

All dies zeigt, daß die Bürokratie bereit war, um jeden Preis ihre Macht zu erhalten. Die Bürokratie – und mit ihr die Stasi bzw. deren Nachfolger – müssen endgültig entmachtet werden, erst dann können wir sicher sein, daß die Internierungslager nie benutzt werden, um das Volk zu unterdrücken.

VORAN

zur sozialistischen Demokratie

Überregionale marxistische Monatszeitung
für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaften

Erscheint seit Dezember 1973

Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfinger

Redaktionsanschrift:
VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1
Telefon 0221/134504

Druck: Blitz-Druck GmbH, Heegstraße 26-28, 4300 Essen 11

Bankverbindung: Postgiroamt Essen, Kto.-Nr. 250059-430

Währungsunion und kapitalistischer Anschluß Marktwirtschaftliche Experimente zu Lasten der Bevölkerung

Hektische diplomatische Aktivitäten der Bundesregierung und täglich neue Vorschläge von Politikern und Unternehmern über Maßnahmen in Richtung DDR überschlugen sich in den letzten Wochen. Dabei lügen sie das Blaue vom Himmel herunter und versprechen goldene Zeiten mit einem neuen Wirtschaftswunder. Insbesondere die Einführung der DM in der DDR steht im Mittelpunkt der Diskussion.

Doch was würde die schnelle Einführung einer Währungsunion bedeuten?

- Steigende Preise, selbst beim Umtausch von 1:1. DDR-Bürger würden überwiegend westliche Waren einkaufen, sei es durch direkten Kauf in der BRD oder westliche Warenangebote in der DDR, westliche Unternehmen hätten ja dann einen Absatzmarkt in Hartwährung. Es gäbe also ein DDR-Lohnniveau, jedoch rasch ein westliches Preisniveau.

- Betriebsschließungen und Massenarbeitslosigkeit. DDR-Betriebe wären sofort der direkten Konkurrenz westlicher Unternehmen ausgesetzt. Das Produktivitätsniveau liegt durchschnittlich bei rund 40% des BRD-Niveaus. Vorsichtige Schätzungen westlicher Experten gehen von 2,5-3 Mio. Arbeitslosen aus (z.B. Lutz Hoffmann, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, FAZ vom 10.2.90), das sind 1/4 bis 1/3 aller DDR-Beschäftigten.

- Teilweise Entwertung der Sparguthaben. Das Sparvermögen in der DDR liegt zwischen 140 und 180 Mrd. Mark. Alle derzeit diskutierten Pläne sehen vor, diesen Überhang abzuschöpfen: durch Verkauf von staatlichen Vermögenswerten, d.h. die heruntergewirtschafteten volkseigenen Betriebe sollen dem Volk noch einmal verkauft werden; durch Ausgabe von Staatsschuldtiteln, d.h. die Sparer sollen Vorschuß-Kredite für eine ungewisse Zukunft finanzieren; durch Einfrieren von Teilen des Sparguthabens, d.h. in Anbetracht der zu erwartenden Inflation teilweise Entwertung durch spätere Auszahlung; schließlich durch Berechnung eines schlechteren Um-

gelnde Produktivität der DDR-Wirtschaft, die übrigens nicht durch das Staatseigentum an den Produktionsmitteln verursacht wurde, sondern durch die Mißwirtschaft der Bürokratie. In Anbetracht dieses Dilemmas laufen fast alle Vorschläge der bürgerlichen Politiker und Ökonomen darauf hinaus, die nachteiligen sozialen Folgen zumindest teilweise durch Unterstützungszahlungen aufzufangen. Denn entgegen ihrer offiziellen Propaganda ist diesen Herren vollkommen klar, daß DM und Marktwirtschaft nichts „soziales“ an sich haben, sondern im Gegenteil zu enormen sozialen Problemen führen werden.

Milliarden-Verschuldung

Welche Summen werden in diesem Zusammenhang gehandelt? Bei dem zu erwartenden sprunghaften Anstieg der Arbeitslosigkeit muß eine Arbeitslosenversicherung geschaffen werden. Bei 2,5 bis 3 Mio. Arbeitslosen würde das bedeuten: „Müßte Bonn für die DDR-Arbeitslosen monatlich je 500 DM zahlen, wären das schon 15-18 Mrd. DM im Jahr. Wobei 500 DM zum Lebensunterhalt eines DDR-Arbeitslosen kaum ausreichen würden, wenn die Preise drüber in Richtung West-Niveau klettern.“ (Wirtschaftswoche Nr. 8/90)

Da bei BRD-Preisniveau und DDR-Lohnniveau der Unterschied im Lebensstandard sofort spürbar wäre, wird seitens westlicher Kapitalstrategen auch überlegt, ob man nicht einen Teil der Lohndifferenz aus dem BRD-Haushalt ausgleichen sollte. „Bei derzeit etwa 9,5 Millionen Beschäftigten und einem monatlichen Nettolohnabstand von 1300 DM bedeutet das zu-

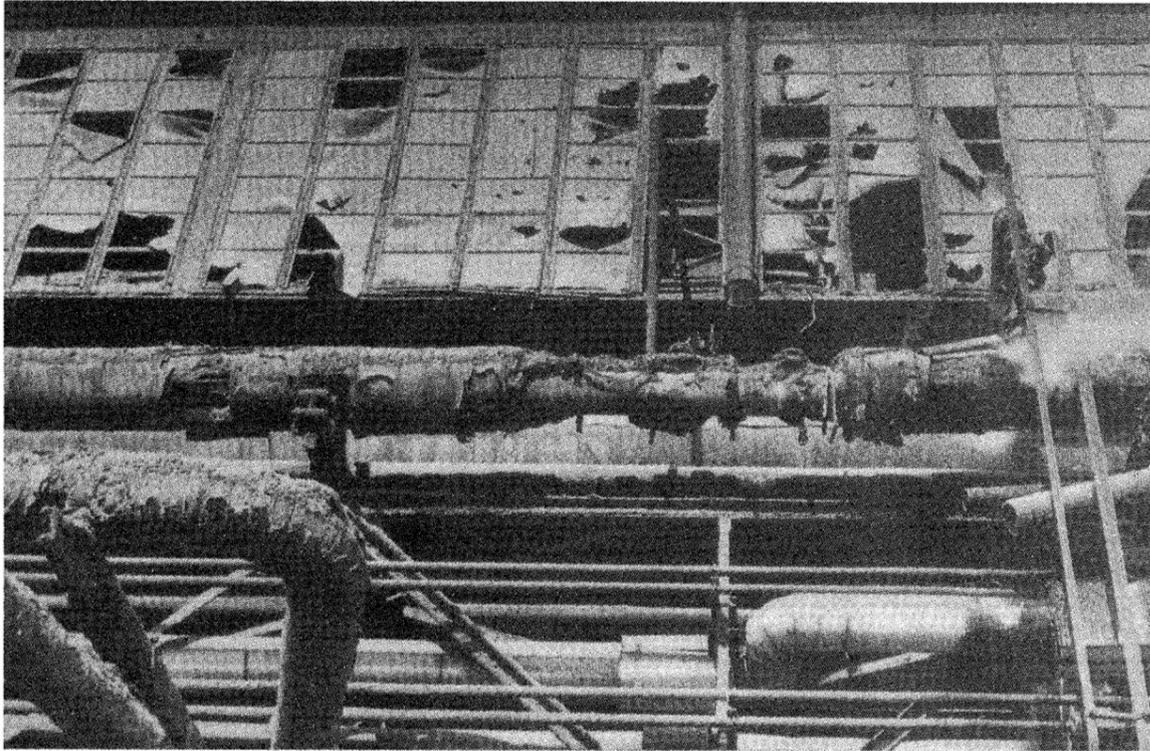
dieser Lasten durch alle möglichen „Sonderopfer“ und Sondersteuern auf die Masse der Beschäftigten in der BRD. Eine Ausweitung der Verschuldung würde aber einen starken inflationären Schub bedeuten - mit allen Folgen für den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung hüben wie drüben.

Massenarbeitslosigkeit in ganz Deutschland von 5-6 Mio., Inflation und Angriffe auf soziale Errungenschaften bisher nicht gekanntem Ausmaßes - das wäre das Szenario, das

stehen. In fast allen westlichen Ländern werden für 1990 geringere Wachstumsraten als in den letzten beiden Jahren vorausgesagt. In den USA, dem größten Konsumentenmarkt der Welt, stecken einige Branchen in der Krise, u.a. auch die angelegliche Zukunftsbranche Computerindustrie. Selbst wenn die BRD noch gewisse Spielräume hat und durch Ausdehnung der Verschuldung eine Rezession hinausschieben könnte: Auf Dauer wird sie sich dem Sog einer weltwirtschaftlichen Rezession nicht entziehen

Übersiedeln veranlassen würden. Sie setzen eher auf Soforthilfen in Form von Milliarden-Summen oder Konsumgüter-Lieferungen, kombiniert mit Abschreckungsmaßnahmen gegen Übersiedler sowie auf Schritte zu einer Konföderation, selbst wenn dadurch die DDR-Staatsstruktur im Kern zu nächst erhalten bliebe.

Trotz allem Gerede wurden jedenfalls bisher recht wenige konkrete Maßnahmen umgesetzt. Der 6 Mrd. DM-Kredit geht vor allem an kleine und mittlere Unternehmen, ganze 5 Joint-Ventures sind seit November erst zum Vertragsabschluß gekommen (alle anderen sind noch im Verhandlungsstadium) und zwei Preissubventionen wurden gestrichen - für



Verfallene DDR-Fabrikanlage im Chemiekombinat Buna. Es drohen Massenentlassungen.

sich/ aus einer schnellen Einführung der Währungsunion ergeben würde. Davon mögen die Regierungspolitiker aber nicht reden. Die Einheit sei „nicht zum Nulltarif zu haben“ ist ihre vornehme Umschreibung für die drastischen sozialen Folgen in der BRD. Der DDR-Bevölkerung sagen sie: Der Lebensstandard sei „nicht sofort“ so hoch wie in der BRD, das Lohnniveau müsse „allmählich an den BRD-Standard herangeführt“ werden. Im Klartext: Die DDR soll Billiglohnland für das westliche Kapital werden. Dafür vertragen sie die Menschen auf eine goldene Zukunft - in 10 bis 15 Jahren! Gar ein neues Wirtschaftswunder wird prophezeit. Leeres Gerede, an dem sich leider auch führende SPD-Politiker beteiligen.

Denn die „Wirtschaftswunder“-Zeiten sind weltweit vorbei. Der jetzige Aufschwung ist zwar der längste der Nachkriegsgeschichte, dafür aber auch einer der schwächsten. Er beruht vor allem auf einer riesigen Ausweitung der Geldmengen, auf Spekulationen, Finanztransaktionen und Aufkäufen, auf einer Superausbeutung der „Dritten Welt“, wo mittlerweile in vielen Ländern vierstellige Inflationsraten die Regel sind, auf einer Zunahme der Arbeitshetze und Druck auf die Reallöhne. So ist z.B. die Lohnquote in der BRD (Anteile der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen) die niedrigste seit Kriegsende.

Nächste Rezession

Die grundlegenden Widersprüche des Kapitalismus wurden in diesem Aufschwung nicht wie früher abgemildert, sondern sogar noch verschärft. Konjunkturaufschwünge wie in „Wirtschaftswunder“-Zeiten mit Vollbeschäftigung, ständig steigendem Lebensstandard und zweistelligen Wachstumsraten gibt es seit Mitte der 70er Jahre nicht mehr. Und was der kapitalistischen Weltwirtschaft im kommenden Jahrzehnt bevorsteht, ist eher ein „blaues Wunder“: nämlich eine tiefe Rezession.

Schon jetzt scheint Großbritannien vor dem Einbruch einer Rezession zu

können. Ein Drittel des BRD-Sozialprodukts werden im Export erwirtschaftet. Eventuelle neue Märkte in der DDR oder Osteuropa können wegen der niedrigen Kaufkraft kein Ersatz für die westeuropäischen Märkte sein, in die derzeit 75% aller BRD-Exporte gehen.

Wenn schon die „Wirtschaftswunder“-Zeiten für die hochentwickelten kapitalistischen Länder vorbei sind, dann sind sie es erst recht für Länder mit geringerer Arbeitsproduktivität. Das mußten in der Vergangenheit schon die Staaten der „Dritten Welt“ erfahren. Selbst die hochgelobten früheren „Schwellenländer“ Lateinamerikas wie Brasilien oder Argentinien stehen heute vor dem Bankrott. Nichts anderes stünde den osteuropäischen Staaten bevor, wenn sie in Abhängigkeit zum westlichen Imperialismus gerieten.

Herrschende gespalten

Doch soweit ist es noch lange nicht. Auch wenn bürgerliche Medien und Politiker derzeit so tun, als ob die kapitalistische Wiedervereinigung kurz bevor stünde, so liegen auf diesem Weg noch viele Hindernisse. Währungsunion oder andere marktwirtschaftliche Maßnahmen in der DDR würden enorme soziale Probleme hervorrufen - und damit natürlich auf den Widerstand der Betroffenen stoßen, auch wenn sie sich im Moment noch viel von der sogenannten sozialen Marktwirtschaft versprechen. Den Herrschenden in der BRD geht es vor allen Dingen darum, politische Stabilität zu erreichen und die Leute zu beruhigen. Über das „wie“ sind sie tief zerstritten.

Die einen wollen eine schnelle Währungsunion und eine schnelle kapitalistische Annektierung der DDR, sozial etwas abgeduldet durch Milliarden-Summen. Dabei hoffen sie, sich auf die (noch!) vorhandenen Hoffnungen und Illusionen der Mehrheit der DDR-Bevölkerung stützen zu können. Die anderen befürchten, daß gerade solche Maßnahmen den Unterschied im Lebensstandard noch deutlicher werden ließen und die sozialen Folgen noch mehr Menschen zum

Schnittblumen und Kinderbekleidung. Das ist vorläufig noch alles andere als eine kapitalistische Großoffensive.

Widerstand zeichnet sich ab

Gleichzeitig wachsen Unruhe und Unsicherheit in der DDR-Bevölkerung. Schon der Subventionsabbau bei der Kinderkleidung rief großen Unmut hervor, obwohl es dafür noch Ausgleich in Form von höherem Kindergeld gab. Und allein schon die Ankündigung weiterer Maßnahmen wie Schließung von Kinderhorten, Streichung der Schulspeisung, Wegfall der Lebensmittelsubventionen riefen solchen Widerstand hervor, daß die DDR-Regierung sie bis zur Wahl auf Eis legen mußte.

Hinzu kommt der Widerstand seitens der anderen Westmächte und der Kreml-Bürokratie. Sie sind ihrerseits hin- und hergerissen zwischen dem Wunsch, bei der Stabilisierung der politischen Verhältnisse (d.h. beim Abwürgen der politischen Revolution) in Mitteleuropa zu helfen, und den Befürchtungen, die sich für die Westmächte aus einem Wiedererstarken des großdeutschen Imperialismus ergeben, für die Kreml-Bürokratie aus dem Zugeständnis an das nationale Selbstbestimmungsrecht der Deutschen, das dann unweigerlich auch die Völker der Sowjetunion für sich beanspruchen würden.

Die Auseinandersetzungen über die „richtige“ Strategie sind in allen beteiligten Lagern der Herrschenden in Ost und West noch nicht entschieden. Und einer Bevölkerung große soziale Lasten aufzubürden, die sich mitten in einer Revolution befindet, die gerade mehrere Regierungen gestürzt hat - das dürfte auch für den BRD-Imperialismus keine leichte Aufgabe sein. Die DDR-Bevölkerung wird sich marktwirtschaftliche Experimente auf ihrem Rücken nicht ohne weiteres gefallen lassen. Hier ergeben sich viele Ansatzpunkte des Widerstandes gegen eine kapitalistische Restauration für Sozialisten in der DDR wie in der BRD.

Angela Bankert, Köln
Jungsozialistin



Die Subventionen für Grundnahrungsmittel sollen gestrichen werden.

tauschkurses oder durch eine Kombination der verschiedenen Maßnahmen.

Staaten mit niedriger Arbeitsproduktivität können sich normalerweise durch eine Verbilligung ihrer Währung im Außenverhältnis wettbewerbsfähiger machen. Bei einer Übernahme der DM gibt es aber kein „Außenverhältnis“ mehr. Produktivitätsunterschiede können nicht mehr aufgefangen werden - mit allen Folgen für die Arbeitsplätze. Dasselbe gilt - auch ohne DM-Übernahme - bei einem festen Wechselkurs, der relativ hoch läge. Außerdem wären damit die Löhne relativ hoch, was wiederum fremde Kapitalanleger nicht anlockt.

Wählt man jedoch einen niedrigeren Umtausch-Satz, z.B. zwischen 1:2 und 1:4, dann bedeutet das entsprechend niedrigere Löhne und drastische Einschnitte in den Lebensstandard.

Die DM in der Tasche beseitigt also nicht das grundlegende Übel: die man-

mindest anfänglich jährliche Aufwendungen von nahezu 90 Mrd. DM.“ (FAZ, 10.2.90)

Ähnliche Probleme bestehen bei der Rentenversicherung: „Einen Milliarden-Aderlaß für die westdeutschen Kassen wird auch der Verbund mit der DDR-Rentenversicherung bringen. Der Generationenvertrag funktioniert nur bei ausreichender Beschäftigung. Zur ‚Anschubfinanzierung‘ - so Bundesarbeitsminister Norbert Blum - ist allemal ein zweistelliger Milliardenbeitrag in Richtung DDR fällig.“ (Wirtschaftswoche, Nr. 8/90)

„Sonderopfer“

Alles in allem müßten also unvorstellbare Summen Richtung DDR fließen, und zwar aus den Kassen der Bund/Länder-Haushalte oder der öffentlich-rechtlichen Versicherungsträger. Es gibt nur zwei Möglichkeiten, dies zu finanzieren: entweder durch enorme Ausweitung der öffentlichen Verschuldung oder durch Abwälzen

März 1920 - vor 70 Jahren

Generalstreik schlägt Kapp-Putsch nieder

Mit einem Generalstreik unter Beteiligung von zwölf Millionen Arbeitern und Angestellten wurde im März 1920 ein reaktionärer Militärputsch zurückgeschlagen. Die Kraft der organisierten Arbeiterbewegung hatte damit die Republik gerettet, unglücklicherweise wurde jedoch die Chance zur Schaffung einer sozialistischen Räterepublik vertan.

In der Novemberrevolution 1918 folgten die deutschen Arbeiter dem Beispiel der russischen Oktoberrevolution, bauten Arbeiter- und Soldatenräte auf und führten den Sturz der Regierung herbei. Unter dem Druck der Bewegung sahen sich die Unternehmer zu weitreichenden Zugeständnissen gezwungen, etwa demokratische Rechte und Freiheiten, Achtstundentag und vieles mehr, um letztlich doch ihre Herrschaft zu retten. Die SPD-geführte Regierung unter Ebert, Noske und Scheidemann ging eine unheilige Allianz mit der Reaktion ein, um „Ruhe und Ordnung“, das heißt den Kapitalismus und den bürgerlichen Staatsapparat, zu stabilisieren. Freiwilligenverbände aus Teilen der demobilisierten Armee – sogenannte Freikorps, die Kerne der späteren Nazibanden – schlugen die Ansätze einer Räterepublik blutig nieder.

Politische Instabilität

Die Zeit von November 1918 bis zum Frühjahr 1920 ist durch ständige schwerste Auseinandersetzungen und Streiks gekennzeichnet, im Ruhrgebiet herrscht der Ausnahmezustand. Vor dem Berliner Reichstag erschießt die Polizei bei einer Demonstration am 13. Januar 1920 42 Arbeiter. Aus

um die Auflagen des Versailler Friedensvertrages zu erfüllen, spitzt sich die Lage zu. Gerüchte über einen bevorstehenden Militärputsch machen die Runde. Unterstützt vor allem von ostelbischen Großagrariern und Ruhrgebietskapitalisten besetzt die Brigade Ehrhardt am 13. März das Regierungsviertel.

Weitere Akteure der Verschwörung sind General v. Lüttwitz von der Obersten Heeresleitung und der ostpreussische Generallandschaftsdirektor Kapp (Gründer der Vaterlandspartei), der sich jetzt zum Reichskanzler ausruft. Die Regierung Ebert flieht nach Dresden, später nach Stuttgart. Sofern die Reichswehrverbände nicht offen den Putsch unterstützen, bleiben sie neutral, und das hieß eigentlich passive Unterstützung des Putsches.

Arbeiter wehren sich

Auch wenn viele Arbeiter bis dahin unzufrieden mit der Politik der SPD-geführten Regierung waren, erkannten sie instinktiv, daß die Reaktion die Ergebnisse der Novemberrevolution zerstörten und zum Gegenangriff gegen die Arbeiterbewegung blasen wollte. Ohne erst auf das Signal zum Generalstreik von der Gewerkschafts-

der Massenstreikdebatte der Vorkriegs-SPD vehement gegen den politischen Massenstreik ausgesprochen hatte, stellt sich an die Spitze der Bewegung.

Im zentralen Streikausschuß, der den Generalstreik führt, sitzen neben dem ADGB auch Vertreter der Arbeiterparteien SPD, USPD und KPD. Nach anfänglichen ultralinken Schwankungen unterstützte auch die KPD den Kampf.

Nach nur vier Tagen bricht das Kapp-Regime zusammen und am 20.

zum Beginn der sozialistischen Umwälzung der Gesellschaft zumindest vorläufig verpaßt.

Bewaffnete Kämpfe

Im Zuge der Generalstreikbewegung hatten die Arbeiter vielerorts die Macht erobert. Gemeinsame Ausschüsse der Arbeiterorganisationen mobilisierten und bewaffneten die Arbeiter. Unter ihrer Kontrolle wird das öffentliche Leben reorganisiert und der Kampf gegen die Reaktion aufgenommen. Sachsen, Thüringen, Teile Nord-



Angehörige der Roten Ruhrarmee 1920.

März wird der Streik abgebrochen. Die Forderungen der Gewerkschaften – das Neunpunkteprogramm – nach mehr Demokratisierung in Politik und Wirtschaft bis hin zu Sozialisierungen in der Grundstoffindustrie bildeten nun Gegenstand der Diskussionen mit der Regierung, die allerdings nur unwesentliche Zugeständnisse macht.

Arbeiterregierung

In den Tagen zuvor hatte Legien versucht, Unterstützung für seinen Vorstoß zur Bildung einer Arbeiterregierung aus Gewerkschaften, SPD und USPD zu finden. „Die Kraft der Arbeiterklasse ist durch den Generalstreik so drastisch demonstriert worden, daß es jetzt nur noch eine Arbeiterregierung geben kann“, meinte Legien. Diese Chance, die den Weg zur sozialistischen Republik hätte ebnen können, wurde leider durch die sektiererische Politik der USPD-Spitze vertan.

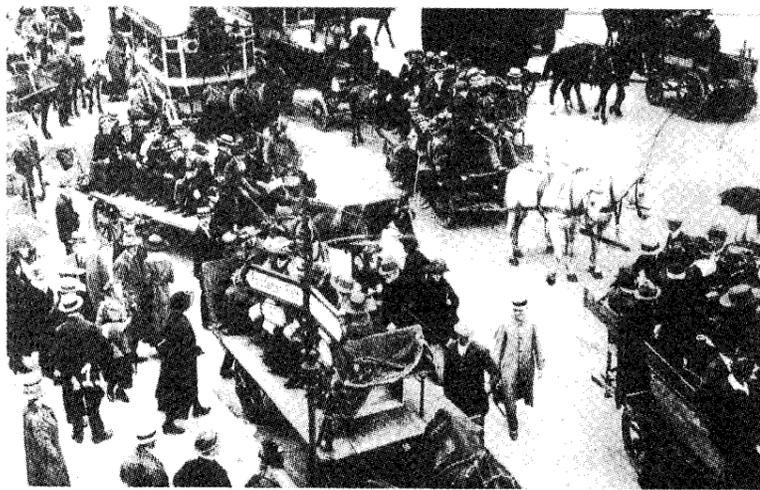
Zusammen mit den „Arbeitermördern des ADGB“ wollte man keine Regierung bilden, hieß es. Dabei hatte selbst die KPD einer solchen Arbeiterregierung eine „loyale Opposition“ angeboten. Unter diesen Umständen konnte die alte Regierung der Koalition von SPD und bürgerlichen Parteien ihre Position halten. Damit war zwar die demokratische Republik gegen die äußerste Reaktion und gegen eine drohende Militärdiktatur verteidigt worden, doch die Gelegenheit

westdeutschlands sowie das Ruhrgebiet waren zeitweilig völlig in der Hand der Arbeiter. Die Rote Ruhrarmee umfaßte an die 60.000 Kämpfer. Der Druck der Massen war so groß, daß z.B. im Bezirk Niederrhein die SPD, USPD und die KPD den Kampf fortführen wollten bis zur „Diktatur des Proletariats auf der Grundlage des Räteregimes“.

Zehn Tage nach dem Beginn des Kapp-Putsches existiert immer noch die Arbeitermacht im Ruhrgebiet. Und wieder verbündet sich die Ebert-Regierung mit der Reichswehr, um die Bewegung in den Griff zu bekommen. Das Bielefelder Abkommen vom 23. März, beschlossen auf einer Konferenz von Regierungsvertretern, Parteien, Gewerkschaften, Vollzugsräten und Behörden gewährt einige kleinere Zugeständnisse an die Arbeiter, soll aber im wesentlichen die anschließende Zerschlagung der Ruhrgebietsbewegung legitimieren. Am 2. April beginnt der weiße Terror, und erst nach enormem Blutvergießen wird der Arbeiterwiderstand gebrochen.

Am 6. Juni erhält die SPD-Führung die Quittung für diese Politik: Sie verliert die Hälfte ihrer elf Millionen Wähler. Die Augen vieler revolutionärer Arbeiter richten sich von nun an auf die KPD, die nach dem Zusammenschluß mit der USPD-Mehrheit noch im Jahr 1920 zur Massenpartei wird.

Leo Schiffer, Köln, Jungsozialist



Potsdamer Platz in Berlin während des Generalstreiks.

Unternehmerkreisen wird der Ruf nach Ersetzung der Weimarer Demokratie durch eine Militärdiktatur immer lauter. Die Reichsregierung wird gleichzeitig die Geister, die sie zur Niederschlagung der Arbeiter gerufen hat, nicht mehr los.

Als am 1. März die Auflösung zweier Freikorps, darunter die berühmte Brigade Ehrhardt, angekündigt wird,

spitze zu warten, beginnt überall die Gegenwehr.

Um 17 Uhr ist etwa in Berlin das gesamte öffentliche Leben zum Stillstand gekommen. Die neugebildete Regierung Kapp hängt völlig in der Luft, keine ihrer Anordnungen wird befolgt. Die Führung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) unter Carl Legien, der sich in

Volles Wahlrecht auch für Ausländer!

Viele SPD-Mitglieder und Gewerkschafter setzen sich heute für das kommunale Wahlrecht für die ausländischen Bürger ein. Doch leider schiebt in vielen Bundesländern die SPD-Führung das Thema auf die lange Bank, nachdem 1989 das Bundesverfassungsgericht vorläufig zuungunsten der Ausländer entschied.

Schon immer machten die Herrschenden Schwierigkeiten, wenn es um die demokratischen Rechte der ganzen Bevölkerung ging. Als sie im letzten Jahrhundert auch die Arbeiter wählen lassen mußten, verliehen sie den Stimmen der Besitzenden durch das Drei-Klassen-Wahlrecht mehr Gewicht als den anderen.

Die herrschende Klasse gab nichts freiwillig, und durch die immer nur teilweise „Gewährung“ solcher Rechte wollte sie die Bevölkerung spalten. Ausländer heute als Bürger 2. Klasse zu behandeln, als „Gäste“ (selbst wenn sie hier schon Jahrzehnte leben und arbeiten), wie Geißler sagt, ist eben-

falls gezielte Spaltung.

Da Ausländer kein aktives Wahlrecht (wählen dürfen) haben, dürfen sie nicht mitbestimmen, wie die Politik, z.B. das Familien- und das Arbeitsrecht und die Wohnungspolitik aussehen soll. Solange sie kein passives Wahlrecht (gewählt werden können) haben, können sie nicht über die Auswahl von Kandidaten mitbestimmen. Wirtschaftliche, soziale und politische Ungleichheiten, die heute die Integration von Ausländern verhindern, werden weiter festgeklopft, weil die Betroffenen nicht mitentscheiden dürfen.

Warum sollen Ausländern denn

nicht wählen können? In der Republik Irland gibt es seit 1962 auf allen Ebenen das allgemeine Wahlrecht für Ausländer, die länger als sechs Monate dort gelebt haben.

Integration

Die Arbeiter dürfen sich nicht auf die Methode einlassen, demokratische Rechte auf einer Grundlage von „Deutsch sein“ zu gewähren. Aufgrund einer Aufteilung der Bevölkerung nach „Rasse“, Geschlecht, Religion, Nationalität ein verschiedenes Maß an Rechten zuzulassen, hat immer nur den Unternehmern gedient. Die Rechten behaupten, das Problem wäre gelöst, wenn die Ausländer sich als Deutsche einbürgern ließen. Ganz abgesehen davon, daß viele Anträge auf die deutsche Staatsbürgerschaft abgelehnt werden – ist ein Engländer oder Türke mehr oder weniger

„deutsch“, wenn er ein Stück Papier besitzt? So kommt auch keine „Integration“ zustande.

Schon vor mehr als zehn Jahren stellte eine Studie der Bundesregierung fest, daß die „Einführung des kommunalen Wahlrechts für die ausländischen Arbeiter und ihre Angehörigen“ einen wichtigen Beitrag zur Integration ausmachen könnte.

Aber das kommunale Wahlrecht ist auch nur ein halbes Recht, denn die wichtigsten politischen Entscheidungen, die sich auch auf die gesamte Arbeiterklasse auswirken, fallen in Bonn und den Landesparlamenten. Die hohen Diäten der Abgeordneten werden auch mit den Steuergeldern der ausländischen Kollegen bezahlt. Wir müssen das volle, allgemeine Wahlrecht auch für Ausländer fordern.

Sue Powell, Hamburg, SPD-Mitglied

Aus dem Juso-Verband

Offensive '90

Die Siegburger Juso-AG forderte Anfang Februar in Zusammenarbeit mit der Antifa Siegburg in der Stadt ein Jugendzentrum. Als Auftakt demonstrierten ca. 70 Personen auf dem Marktplatz. Desweiteren sammelten wir innerhalb weniger Tage mehrere hundert Unterschriften. Die Forderung nach einem selbstverwalteten Jugendzentrum entstand auf einem Seminar der AG im letzten Jahr. An diesem Seminar nahm ein Referent von VORAN teil. Dieser brachte uns auch auf die Idee mit dem Jugendzentrum.

Die Siegburger Jusos sehen in der Forderung nach dem Jugendzentrum ihren politischen Schwerpunkt für dieses Jahr. Rotfront '90.

Michael Otter, Siegburg
Jungsozialist

Jusos Remscheid

Der Juso-Unterbezirk Remscheid hat auf seiner Jahreshauptversammlung am 3. Februar einen neuen, von 3 auf 7 Plätze vergrößerten Vorstand gewählt. Nach mehreren Jahren ist wieder ein VORAN-Unterstützer als Vorsitzender gewählt worden.

Eine der ersten Aktivitäten des UB wird eine Fahrt nach Pirna in der DDR, der zukünftigen Partnerstadt Remscheids, sein. Wir haben bereits Kontakte zur dortigen SPD hergestellt und wollen uns vor Ort mit den politischen Entwicklungen in der DDR beschäftigen. Als Schwerpunkte unserer Arbeit haben wir uns zunächst den Kampf für Arbeitszeitverkürzung und die Schulsituation in Remscheid gesetzt. Wir hoffen, daß wir es nach den Erfolgen der SPD im Saarland und der schnellen Aufwärtsentwicklung der DDR-SPD schaffen, in der nächsten Zeit neue Jugendliche zu politischer Aktivität und Mitarbeit bei den Jusos zu bewegen.

Olaf Meindl, Remscheid
Juso-UB-Vorsitzender

Bremerhaven

Marxisten stellen Mehrheit im Unterbezirksvorstand

Am Samstag, dem 3. Februar fand die Jahreshauptversammlung des Juso-UBs Bremerhaven statt. Nachdem die voraussichtliche Juso-Vorsitzende des Landes Bremen, Anja Bensing (Ex-Unterstützerin der Juso-Strömung HK), ihre Position zum Thema Osteuropa kundgetan hatte, folgte eine recht einseitige Diskussion. Einseitig, weil den Argumenten der VORAN-Unterstützer wenig entgegen gesetzt wurde.

Die (ehemaligen?) HK'ler sehen zum jetzigen Zeitpunkt keinerlei Möglichkeiten für Sozialisten. Ich hatte den Eindruck, viele würden resigniert auf die sich überschlagenden Ereignisse blicken („Was können wir schon machen?“).

Der Rechenschaftsbericht des scheidenden Vorstandes machte klar, daß einige Möglichkeiten verpaßt wurden. („Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos.“) Nach der Entlastung des alten Vorstandes ging es zu den Neuwahlen. Wir Marxisten hatten ein Programm mit einer groben Analyse der wichtigsten politischen Ereignisse sowie einem Aktionsprogramm vorgelegt. In der Abstimmung um den ersten Vorsitz setzte sich der Kandidat des HK durch, doch insgesamt wurden vier VORAN-Unterstützer in den Vorstand gewählt.

Dieses Ergebnis kann man als Signal für einen neuen Anfang der Bremerhavener Jusos sehen. Es gilt, mit den richtigen Inhalten und einer ansprechenden Form neuen Schwung in die Jusoarbeit zu tragen.

Gunnar Böltes, Bremerhaven
Jungsozialist

Verschmutzung der Meere Tankerunfälle sind vermeidbar

Bilder von verendeten Vögeln mit ölverklebtem Gefieder gehen mehrmals im Jahr um die Welt und sind keinem mehr unbekannt. 13 Tankerunglücke wurden 1989 registriert, womit dieses Jahr ein Rekordjahr darstellt.

Das amerikanische National Research Council schätzt, daß jedes Jahr mindestens 3,2 Millionen Liter Öl ins Meer fließen, mit steigender Tendenz. Außer den Tankerunglücken ist dafür auch das unzulässige und unverantwortliche Ablassen von Altöl ins Meer verantwortlich, sowie auch Lecks an Bohrplattens und Pipelines. Die schwersten Unglücke waren das vor der Küste Alaskas im März, als der Riesentanker Exxon Valdez auf Grund lief, und der Unfall des Tankers Kharg 5 vor der marokkanischen Küste im Dezember.

In Fachkreisen wird die Lebensdauer von Tankern auf 15 bis 20 Jahre geschätzt. Von den zur Zeit weltweit 750 fahrenden Supertankern sind ca.

600 zwischen 13 und 18 Jahren alt und gehören somit schon auf den Schrott! Weiterhin ist bekannt, daß Wartungen und Reparaturen an diesen Schiffen unregelmäßig, verspätet und nur sehr bedingt durchgeführt werden, was die Versäumnisse von Unternehmern sind, die ihre Profite nicht schmälern wollen. Gespart wird außerdem auch an Personal, was zur Folge hat, daß sich heute teilweise nur noch die Hälfte der Seeleute an Bord befinden im Vergleich zu Anfang der 70er Jahre. Leute aus Dritte-Weltländern ohne entsprechende Ausbildung werden eingestellt, die dann für Hungerlöhne und ohne soziale Absicherungen arbeiten müssen. In den meisten Fällen kann man bei diesen

Schiffen nur noch von einer Notbesatzung sprechen, die gerade groß genug ist, um die Brücke im 24-Stunden-Betrieb zu besetzen.

Die Schäden, die das Öl im Meer anrichtet, sind verheerend. Außer Robben, Vögeln und Fischen sterben auch Kleintiere wie Würmer und Larven sowie Tiere und Pflanzen, die ganz am Anfang einer Nahrungskette stehen (Algen, Plankton usw.), was zur Folge hat, daß den überlebenden Tieren in ölverseuchten Gebieten die Lebensgrundlage genommen wird. Wenn ganze Fischbestände so ausge-

rotet werden, hat das am Ende auch für den Menschen fatale Folgen.

Unsere Umwelt ist massiv bedroht, und um uns und den kommenden Generationen eine Chance zum Überleben zu geben, müssen wir schnell handeln. Um weitere Unglücke zu vermeiden, sollten die Tanker mit einem doppelten Boden und ausreichenden Sicherheitsvorkehrungen gegen auslaufendes Öl ausgestattet sein. Das Personal muß mindestens auf das Doppelte aufgestockt werden. Die Superausbeutung der Arbeiter muß endlich beendet werden. Die bestehenden Umweltschutzgesetze reichen allein nicht aus, der Öltransport muß aus privaten in staatliche Hände überführt werden, denn profitorientierte kapitalistische Unternehmer werden Umweltbestimmungen immer wieder zu umgehen wissen. Der verstaatlichte Öltransport muß unter der ständigen Kontrolle

von Sicherheits- und Umweltexperten sowie eines qualifizierten und gut ausgebildeten Schiffspersonals stehen.

Nicht unter kapitalistischem Konkurrenzkampf und den Profitinteressen der einzelnen Unternehmen, sondern allein unter der Mitsprache aller Menschen in einer demokratisch geplanten Wirtschaft kann mit den Ressourcen der Erde ökologisch sinnvoll umgegangen werden.

Birgit Whitmore, Kassel
Jungsozialistin



Küstenabschnitt in Alaska nach dem Tankerunglück im März 1989.

Besucherrekord beim 8. Schwarzfahrerfest in Stuttgart

Mit Nulltarif gegen Großstadtmief!

Nachdem Stuttgart auch dieses Jahr seinen zweifelhaften Ruhm als Stadt mit den höchsten Fahrpreisen im öffentlichen Personennahverkehr durch erneute Fahrpreiserhöhungen weiter ausgebaut hat, ist auch die Schwarzfahrer(fest)familie wieder kräftig gewachsen. Über 800 Leute kamen zum Fest, das - von uns Jusos organisiert - inzwischen schon fester Bestandteil des Stuttgarter Veranstaltungskalenders ist. Es wurden 1500 Plakate geklebt und 15.000 Flugblätter an Schulen, Jugendhäusern, Gaststätten und natürlich in den Straßenbahnen verteilt.

„Freie Fahrt für freie Bürger!“, fordern auch wir, und zwar mit der Straßenbahn zum Nulltarif. Dazu brauchen wir kürzere Taktzeiten, einen Ausbau des Streckennetzes und Nachtbuslinien. Dies alles kann einfach auf Kosten der Flächen und Geldmittel für den Straßenbau sowie unnützer Großprojekte wie Internationaler Gartenbauausstellung (Iga), Kongreßzentrum usw. ausgebaut und finanziert werden. Es kann aber nur durchgesetzt werden gegen die Interessen der Großkonzerne, die neben der Rüstung vom Automobilbau leben und hier die Politik bestimmen. Nur Verstaatlichung und Demokratisierung der Wirtschaft kann hier Grundsätzliches ändern.

An der großen Zahl der Anwesenden sieht man auch, daß gerade mit provokanten Forderungen Leute mobilisiert werden können, die dann durch eine sachliche Argumentation eine Alternative zur bestehenden Politik erkennen. Das große Interesse

wurde durch die lebhaften Diskussionen, die an den im Foyer aufgebauten Infotischen stattfanden, deutlich.

Gäste aus Leipzig

Ein Versuch der Stuttgarter Zeitung, uns mit einem ironischen Kommentar zu verunglimpfen, der vor allem unser Engagement für die Oppositionsbewegung in der DDR in den Dreck ziehen wollte, wurde durch die Anwesenheit von fünf Besuchern vom Neuen Forum und den Jusos in Leipzig gekontert. Mit der Feststellung, daß es um unsere Medien- und Pressefreiheit auch nicht viel besser bestellt sei, als bei ihnen, zeigte sich der Juso-Vertreter aus Leipzig in seiner Rede sehr erschrocken. Die bürgerliche Presse benutzt ihr Pressemonopol genauso unsauber wie die SED; die „Stuttgarter Zeitung“ griff einen Satz aus einem Brief dieses Jusos heraus und verdrehte ihn für ihre Agitation.

Nach den politischen Reden ging es weiter im Programm mit selbstge-

machten Sketchen, die unter anderem die Kommunalpolitik des letzten Jahres satirisch aufarbeiteten. Zum Schluß heizte dann die Rockgruppe „Fallen Angel“ noch kräftig ein, was bei der Enge im Saal auch nicht schwer fiel. Unsere Aufgabe ist es nun, von den ca. 50 Interessenten an der Juso-Arbeit, die ihre Adresse hinterlassen haben, möglichst viele zur aktiven Teilnahme an den AGen zu bewegen.

Axel Schön, Stuttgart, Jungsozialist

8. Schwarzfahrerfest

Gegen Fahrpreiserhöhung



JungsozialistInnen in der SPD

sammenarbeit, plädierte für die Einstellung der Entwicklungshilfe, da sie ja letztendlich doch nur den Multis und Großkonzernen zu Gute käme. Außerdem habe sie die Erfahrung gemacht, daß man gegen die Interessen der Industrie nicht ankommen könne.

Einige der anwesenden Jusos waren überwiegend der Meinung, daß man die sogenannte 3. Welt nicht im Stich lassen könne, nachdem man sie jahrelang ausgebeutet habe. Man müsse halt das ganze beim nächsten Mal besser machen. Dabei ist doch logisch, daß die 3. Welt solange ausgebeutet werden wird, solange der Kapitalismus in den westlichen Industrieländern besteht. Eine klare sozialistische Ausrichtung der SPD-Politik könnte auch eine Perspektive für Entwicklungsländer eröffnen, aus dem kapitalistischen Schlamassel herauszukommen. Das sollte auch Oskar Lafontaine bedenken.

Volker Weidner, Pfullingen
Jungsozialist

(Zur Diskussion des Regierungsprogramms „Fortschritt '90“ der SPD siehe auch VORAN Nr. 115, „Umweltverschmutzer verstaatlichen“, und VORAN Nr. 117 zur SPD-Programmatik.)



Den schwerwiegendsten Unfall hatte der Tanker Kharg 5 im Dezember.

Wiesbadener Westend Bürgerkriegsübung gegen Demonstranten

Am Abend des 16. Januar 1990 hatten die Hausbesetzer eines seit vier Monaten besetzten Hauses in der Helenenstraße anlässlich der am Vormittag erfolgten Räumung zur Demo aufgerufen. Doch schon auf dem Weg dahin fällt uns die ungewöhnlich hohe Präsenz motorisierter Polizisten auf.

Und dann der Schock, als wir zur Wellritzstraße gelangen. Ca. 500 Demonstranten werden in der engen Straße von ebensovielen Polizisten in Kampfanzug und Helm, Schild und Schlagstock eingekreist. Nur durch zielstrebiges Durchdrängeln durch die geschlossenen Polizeireihen ist es uns möglich, zur Demo zu gelangen. Derart eingekesselt werden wir durch die Straße geschleust und zusammengedrückt. Massive Provokation, die Beklommenheit, Angst und Wut schürt. Trotzdem verläuft die Demo durchweg friedlich. Auffällig dabei ist, daß viele junge und weibliche Polizisten dabei sind.

Verletzte bei Räumung

Die Demo wird dann gestoppt und nach einer kurzen Kundgebung der Hausbesetzer verläuft sich dann alles. Allerdings entdecken wir in den Seitenstraßen weitere Busse mit Polizeieinheiten und Wasserwerfer. Es wird klar: Dies war nur eine Übung. Hier sollten Polizisten und Material ausprobiert und Macht demonstriert werden.

Wie wir aus Flugblättern der Hausbesetzer und Augenzeugenberichten erfahren, lief bereits die Räumung der

Häuser und die Festnahme der Besetzer unter massivem und brutalem Polizeieinsatz ab, wobei es sogar bei Besetzern und Passanten Verletzte gab.

In der nächsten Juso-AG behandeln wir das Thema am nächsten Tag. Wir sind uns einig, daß dieser extrem massive Polizeieinsatz und die Abriegelung eines Stadtviertels uns alle einschüchtern sollte. Man hatte eine Hausbesetzung zum Anlaß genommen, um junge Bereitschaftspolizist(innen) auf ihre künftige Einsätze gegen Streiks und Demonstrationen vorzubereiten.

Protest

Wir beschließen, dies nicht hinzunehmen. Wir verurteilen den massiven Polizeieinsatz und können am nächsten Tag die Mitgliederversammlung des Juso-Unterbezirks davon überzeugen. Unser Antrag wird angenommen. Damit gehen wir zum Parteitag der Wiesbadener SPD, die am liebsten das Thema verschwiegen hätte - doch es war ein SPD-Vertreter aus Görlitz (DDR) anwesend. Wie peinlich! Eine mit absoluter SPD-Mehrheit regierte Stadt und dann so etwas ...

Wir haben einen Initiativantrag gestellt und schließlich erreicht, daß die Mehrheit für eine Klärung der Ereignisse stimmte. Ein Zwischenrufer meinte treffend: „Wir sind das Volk“, schließlich gibt's nicht nur in der DDR viel zu verändern.

Anuschka Wasner, Wiesbaden
Jungsozialistin

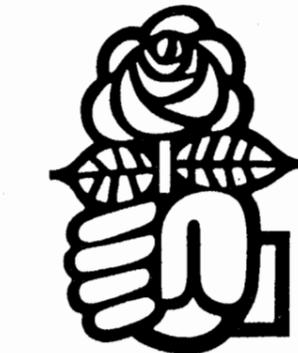
Kongreß „Fortschritt '90“ Sozialistische Politik nötig

„Fortschritt '90“, so lautete das Motto zu einem Juso-Seminar in Düsseldorf, das eine Alternative zum sozialdemokratischen Regierungsprogramm aufzeigen sollte. Leider aber wurde das Seminar seinem Anspruch in keinsten Weise gerecht.

Offenbar hat sich der Juso-Bundesvorstand von der Entwicklung im Osten völlig überrollen lassen und ist nun wohl der Meinung: Wenn schon Kapitalismus, dann wenigstens einen sozialdemokratischen.

Manche Genossen haben eines nicht begriffen: Wenn man jemanden eine Colaflasche gibt, in die man vorher Tomatensaft hineingetan hat, so wird derjenige wohl kaum sagen: „Igit, die Cola schmeckt ja scheußlich“, sondern er wird sagen: „Das ist ja gar keine Cola.“ Genauso hat es sich mit den stalinistischen Staaten verhalten. Außen stand zwar Sozialismus drauf, aber innen war etwas ganz anderes drin.

Der Bundesvorstand will jedoch die Colaflasche nun nicht mit richtigem Sozialismus füllen, sondern er präsent



tiert uns eine ganz andere Flasche. Aber diese Flasche kennen wir schon. Es ist die altbekannte Flasche vom sozialen, demokratischen, ökologischen und gerechten Kapitalismus.

Beispielhaft läßt sich diese Diskussion an der Entwicklungshilfe nachvollziehen. Die eingeladene Referentin, ehemals Staatssekretärin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zu-

1945-1955

Die Teilung Deutschlands

Mai 1945: In Europa ist der 2. Weltkrieg zu Ende. Zurück bleiben über 55 Millionen Tote, auf den Schlachtfeldern gefallen, unter Trümmern begraben, in Konzentrationslagern umgebracht. Die Zerstörungen und das Elend sind unbeschreiblich. Die Menschen sind erfüllt von dem Wunsch: Nie wieder Krieg.

Zehn Jahre später, im November '55, werden die ersten Soldaten zur Bundeswehr eingezogen. Die Macht der bundesdeutschen Großindustrie und des Finanzkapitals ist gesichert. In der DDR hat eine stalinistische Bürokratie die Kontrolle über die Gesellschaft erreicht. Auf deutschem Boden existieren zwei Staaten.

Wer hatte ein Interesse an dieser Entwicklung? War sie unvermeidlich? Im folgenden sollen die Entwicklungen im Nachkriegsdeutschland beleuchtet werden.

Nach Kriegsende standen sich auf deutschem Boden verschiedene Kräfte mit unterschiedlichen Interessen gegenüber. Auf der einen Seite Frankreich, USA und Großbritannien. Unmittelbar nach dem Krieg war das Ziel ihrer Politik ein Wiedererstarken eines imperialistischen Deutschlands, d.h. eines mächtigen Konkurrenten auf dem Weltmarkt, zu verhindern. Die wirtschaftliche Stärke, die Basis für militärische Stärke, sollte begrenzt werden. Dazu dienten die Demontagen, die Reparationen und die Vorstellung eines unbewaffneten Deutschlands. Außerdem mußte eine mögliche sozialistische Revolution verhindert werden. Die Arbeiterklasse hatte nicht vergessen, wer Hitler an die Macht gebracht hatte.

Antifakomitees

Im September 1944 eroberten amerikanische Truppen Aachen. Bis Mai 1945 war die Besetzung Deutschlands abgeschlossen. Das ganze Land bot ein Bild der Verwüstung. 19-20 Millionen Menschen waren ohne Wasser, Strom und Gas. In den größeren Städten war in der Regel mehr als die Hälfte des Wohnraums zerstört. In Köln sogar 70%. In dieser Situation bildeten sich in fast allen deutschen Städten spontan Selbsthilfeorgane der Arbeiter, die Antifaschistischen Komitees. Sie entstanden unter unterschiedlichen Namen, ihre allgemeinen Ziele waren jedoch gleich: Als wichtigste Aufgaben galten die Entnazifizierung und die Sicherstellung der Versorgung mit Strom, Wasser, Nahrungsmitteln und Wohnungen.

Spitzeln aus der Betriebsleitung, Bergwerke an der Ruhr wurden vor dem „Absaufen“ gerettet, in anderen Betrieben wurde die Produktion unter Lei-



Churchill, Truman und Stalin auf der Potsdamer Konferenz im Sommer 1945.

tung der Betriebsausschüsse in Gang gesetzt. Sehr rasch wurden Verbindungen und Organisationen auf örtlicher und überörtlicher Ebene geschaffen.

Die Antifas waren Einheitsfrontorgane der Arbeiterklasse. In ihnen arbeiteten Sozialdemokraten, Kommunisten

den Behörden übergaben, wurden oft wieder freigelassen. Den Betriebsausschüssen wurde verboten, Nazis zu entlassen. In Stuttgart z.B. wurde ein ehemaliges NSDAP- und SA-Mitglied stellvertretender Oberbürgermeister. Leitende Kriminalbeamte, die kurz zuvor noch der NSDAP angehört hatten, verhörten jetzt andere Nazis in Entnazifizierungsverfahren.

Was die Militärregierungen am meisten an den Antifakomitees störte war deren Existenz selbst, war die Tatsache, daß die Antifas eine unabhängige, effektive Organisationsform der Arbeiter waren, im Ansatz eine wirklich demokratische Form der Verwaltung der Gesellschaft darstellten.

Die Mehrzahl der Antifas wurde unter Benützung des Verbots politischer Betätigung bereits Mitte Mai 1945 (!) von den Militärregierungen unter-

drückt. Die Unternehmer durften sich zur gleichen Zeit in den wiedererstandenen Industrie- und Handelskammern betätigen.

Seit der Besetzung hatten die Westmächte ihre Politik gegenüber Deutschland geändert. Der ursprüngliche Plan, die deutsche Wirtschaft zwangsweise niederzuhalten, erwies sich als undurchführbar. Die wirtschaftliche Krise in Deutschland führte zu einer Radikalisierung der Arbeiterklasse und der Beginn des kalten Krieges offenbarte die unversöhnlichen Widersprüche zwischen den verschiedenen Gesellschaftssystemen. Statt Reparationen zu fordern, gaben die USA Wirtschaftshilfe und drängten auf eine Wiederbewaffnung Westdeutschlands gegen die Sowjetunion. Großbritannien schloß sich dieser Position an und Frankreich, das sich am meisten vor der deutschen Konkurrenz fürchtete, gab nach einigem Zögern ebenfalls seine Zustimmung.

Adenauer vertrat die Interessen der westdeutschen herrschenden Klasse. Da in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) der Großgrundbesitz und die Schlüsselindustrien enteignet worden waren, war der Gedanke an eine Wiedervereinigung für sie nicht mehr besonders attraktiv. „Lieber das halbe Deutschland ganz“ war Adenauers Devise. Alle Bekenntnisse zur Wiedervereinigung waren reine Volksverdummung.

Generalstreik

Es gab Streiks und Hungerdemonstrationen gegen die Wirtschaftspolitik der Westalliierten, u.a. gegen die anhaltenden Demontagen von Industriebetrieben. Höhepunkt dieser Bewegungen war ein Generalstreik am 12. November 1948 in der Bizone. 9 Millionen von insgesamt 11,7 Mio. Beschäftigten beteiligten sich an dem Streik. Er richtete



1. Mai 1957 in Köln.

sich gegen die Inflation, die eine Folge der Währungsreform 1948 war. Es wurden Forderungen nach Überführung der Grundstoffindustrien und Kreditinstitute in Gemeineigentum gestellt. Gewerkschafts- und SPD-Führung hatten zuvor ihre ganze Autorität eingesetzt, um zu verhindern, daß der Generalstreik zu einer machtvollen Demonstration gelänge. Es wurde auch nicht von „Generalstreik“ gesprochen, sondern von „Arbeitsruhe“, und es fanden keinerlei Demonstrationen statt.

Die Besatzungsmächte schritten mit Streik- und Demonstrationsverboten gegen diese Bewegung ein. Sie drohten teilweise gar mit der Todesstrafe! Gleichzeitig begannen sie, die Erholung der Wirtschaft zu unterstützen.

Marshallplan

Bereits im Dezember 1946 hatten die USA und Großbritannien die Zusammenfassung ihrer Besatzungszonen zu einem Wirtschaftsgebiet, der Bizone, vereinbart. Auf den Zusammentritt des bizonalen Wirtschaftsrats im Sommer '47 reagierten die Sowjets mit der Schaffung der Deutschen Wirtschaftskommission in der SBZ.

Zur gleichen Zeit gaben die USA den „Marshallplan“ bekannt. Dieser war ein massives wirtschaftliches Hilfsprogramm seitens der USA für Europa. Die Einbeziehung der Sowjetunion wurde allerdings nur aus taktischen Gründen vorgeschlagen. Im Kern ging es um eine wirtschaftliche und politische Stabilisierung insbesondere Westdeutschlands und Frankreichs.

Am 20. Juni 1948 wurde in den Westzonen die Währungsreform (Einführung der DM) durchgeführt. Damit wurde auf wirtschaftlichem Gebiet die Teilung Deutschlands vollzogen. Die Sowjets reagierten drei Tage später mit einer gesonderten Währungsreform in ihrer Zone.

Auf politischer Ebene wurde die Teilung Deutschlands genauso konsequent von westlicher Seite betrieben. Im Februar/März 1948 war in London eine Konferenz der Westmächte mit folgenden Beschlüssen zu Ende gegangen: wirtschaftliche Vereinigung der Bizone mit der französischen Zone, Einbeziehung dieser drei Westzonen in den „Marshallplan“, Auftrag an westdeutsche Landespolitiker, eine Verfassung für die vereinigten Westzonen auszuarbeiten. Das geschah dann auch, wurde die Verfassung „Grundgesetz“ genannt, um der Bevölkerung einen provisorischen Charakter vorzugucken. Am 23. Mai 1949 wurde das Grundgesetz verkündet, am 14. August fanden die ersten Wahlen zum (west-)deutschen Bundestag statt. Am 7. Oktober wurde die DDR gegründet.

Wiederbewaffnung

Es folgte die Integration in einen westlichen Militärblock. Die Stimmung in der bundesdeutschen Bevölkerung war entschieden gegen jede Form der Wiederbewaffnung. Anfang 1950 stellte das Emnid-Institut bei einer Meinung-



Potsdamer Platz in Ost-Berlin am 17. Juni 1950.

umfrage die Frage: „Würden Sie es richtig halten, wieder Soldat zu werden oder daß Ihr Mann oder Ihr Sohn wieder Soldat werden?“ 73,4% der Befragten antworteten mit „Nein“, 13,6% mit „Ja“, 13% wollten keine Meinung äußern.

Adenauer, die USA und Großbritannien wollten spätestens seit 1947 eine westdeutsche Wiederbewaffnung, zum Eintritt der BRD in die NATO.



Kundgebung 1948 im Ruhrgebiet.

Die Antifas fahndeten nach gefährlichen Nazis und übergaben sie den Besatzungsbehörden. Kleinere Nazis wurden in Arbeitskolonnen zur Trümmerräumung herangezogen. Die Gebäude der NSDAP und der DAF (Deutsche Arbeitsfront - Naziorganisation anstelle der zerschlagenen Gewerkschaften) wurden besetzt und in Büros der Antifas umgewandelt. Eine Hilfspolizei wurde aufgebaut. In den Betrieben bildeten sich Arbeiterausschüsse. Sie sorgten für die Entlassung von Nazis und

und andere links eingestellte Arbeiter effektiv zusammen. Sie widerspiegelten den Wunsch nach einheitlichen Organisationen und die Fähigkeit der Arbeiter, die Leitung der Wirtschaft und der Gesellschaft in ihre eigenen Hände zu nehmen.

Doch gerade das wollten die Besatzungsmächte verhindern. Die Militärregierungen in den Westzonen handelten von Anfang an gegen die Antifas. Sie hatten kein Interesse an einer echten Entnazifizierung. Nazis, die die Antifas

Schlands

1955 bzw. bis zum Einzug der ersten Soldaten in die Kasernen im November 1955 mußten noch ein paar dornige Äste aus dem Weg geräumt werden. Die französischen Imperialisten und militärisch und wirtschaftlich westwärts gerichteten Westdeutschen, Entwidener allerdinge der breiten Widerstand innerhalb der bundesdeutschen Bevölkerung. Erst nach einer längeren Phase der propagandistischen Vorbereitung und erst nachdem



Konrad Adenauer

Demonstrationen und Proteste wegen mangelndem Engagement der SPD-Gewerkschaftsführung wirkungslos geblieben, konnte die Wiederaufrüstung beginnen. Bereits im Juli 1956 wurde die allgemeine Wehrpflicht eingeführt, zuvor waren Freiwillige eingezogen worden. Zum Aufbau der Bundeswehr bediente man sich der Offiziere, Generäle und Nazis aus der Wehrmacht. Führungskräfte, die sich in der Wehrmacht der Befehlsverweigerung schuldig gemacht hatten, durften ausnahmsweise nicht in der Bundeswehr dienen. Das war der alte Geist in der neuen Bundeswehr.

Rolle der SPD

Nach dem 2. Weltkrieg entwickelte sich die SPD wieder zur bestimmenden Partei in Westdeutschland. Das Verhalten der Parteiführung in den wichtigsten politischen Fragen im Nachkriegsdeutschland läßt sich vielleicht mit einem Wachhund vergleichen, der viel bellt, aber auch dann nicht zubeißt, wenn die Einbrecher bereits im Haus sind, ja sogar aufhört zu bellen, um sie nicht zu provozieren. Konrad Adenauer sprach immer nur von dem „Restkapitalismus“. Die SPD formulierte das Ziel einer sozialistischen Gesellschaft. Niemand sagte je, wie dieses Ziel zu erreichen, der „Restkapitalismus“ zu beseitigen sei. Eine weitere Herausforderung war



Demonstration gegen sowjetische Panzer.

die Frage der Wiederbewaffnung. Gegen sie gab es zum Ende des Jahres 1954 immer häufiger gewerkschaftliche Demonstrationen. Der Ruf nach Streiks gegen die Wiederaufrüstung wurde in den Gewerkschaften lauter. SPD- und Gewerkschaftsführungen lehnten ein derartiges Kampfmittel kategorisch ab. Der neue Vorsitzende der SPD, Ollenhauer, rief stattdessen zusammen mit einem Theologen und einem Soziologen zu einer Protestkundgebung in der Frankfurter Paulskirche und zu einer Bewegung unter der Parole „Rettet Einheit, Frieden und Freiheit! Gegen Kommunismus und Nationalismus“ auf. Diese Aktion hatte ihrem ganzen Charakter nach mehr symbolischen Wert und konnte Adenauer nicht beeindrucken. Mit der Wiederbewaffnung war das erste Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte abgeschlossen.

Stalins Deutschlandpolitik

Betrachten wir nun die Entwicklung jener Jahre im anderen Teil Deutschlands. Stalin änderte seine Vorstellungen bezüglich Deutschland mehrmals. Bei Kriegsende schwebte ihm ein neu-



Walter Ulbricht

trales, kapitalistisches Deutschland vor, ein Pufferstaat zwischen der Sowjetunion und den Westmächten. Die Kremlbürokratie versprach sich von einem gesamtdeutschen Staat größere Reparationszahlungen. Sehr zu ihrem



Leidwesen waren aber ein Großteil der Großgrundbesitzer und Industriellen vor der Roten Armee geflohen. Dies und der soziale Druck der Arbeiter und kleinen Bauern veranlaßten Stalin bereits im September '45, eine Bodenreform durchzuführen. Das Land von 7000 Gutsbesitzern wurde eingezogen. Bis zum Frühjahr '48 wurden ca. 40% der Industrieproduktion verstaatlicht.

„Gruppe Ulbricht“

Von Anfang an stellte sich für Stalin die Aufgabe, die Entstehung einer echten Arbeiterdemokratie zu verhindern. Gleich nach der Besetzung Ostdeutschlands wurden in Moskau geschulte Stalinisten, die „Gruppe Ulbricht“, eingeflogen. Sie hatten die Aufgabe, eine moskautreue Verwaltung aufzubauen.

Die „Gruppe Ulbricht“ begann im Mai 1945 mit ihrer Arbeit in Berlin. In der sowjetisch besetzten Zone wurden ebenfalls keine unabhängigen Organisationen der Arbeiter geduldet. Alle entstandenen Antifas mußten sich auf Befehl der Stalinisten auflösen. Dazu wurden sie als „Nazis“ verleumdete. ... In den letzten Tagen sind verschiedene Büros, Komitees und Organisationen entstanden, die sich Antifaschistische Komitees, Anti-Nazi-Gruppen, Sozialistische Büros, Nationalkomitees oder sonstwie bezeichnen“, erklärte Ulbricht auf einer der üblichen Besprechungen. ... Es wurde

Arbeiteraufstand Juni '53

Ein Ereignis im Juni 1953 versetzte die Herrschenden in Ost und West in Schrecken: der Arbeiteraufstand in der DDR. Die Arbeiter in der DDR mußten seit Ende des 2. Weltkrieges nicht nur sich selbst ernähren, sondern auch noch für die Privilegien der stalinistischen Bürokratie und für gigantische Reparationszahlungen an die Sowjetunion schuften. Die diktatorischen Methoden der Wirtschaftsleitung erschwerten zusätzlich die wirtschaftliche Entwicklung. Der Erlaß einer zehnpromzentigen Normenerhöhung Ende Mai 1953 brachte das Faß zum Überlaufen. Die Normenerhöhung bedeutete in der Praxis eine zehnpromzentige Lohnkürzung. Nachdem erste Proteste der Arbeiter bei der Bürokratie auf taube Ohren gestoßen war, traten die Bauarbeiter auf der Stalinallee in Ostberlin in den Streik und zogen in einem Protestzug durch die Stadt zum Haus der Ministerien. Am nächsten Tag, dem 17. Juni, breitete sich der Aufstand in der gesamten DDR aus. Es fanden Streiks und Demonstrationen in 274 Orten statt, mit Schwerpunkt in Ostberlin und den Industriezentren. 370.000 Arbeiter beteiligten sich an der Streikbewegung (10% aller Arbeiter), davon 100.000 in Berlin.

Am Beginn des Aufstandes hatte die Forderung der Arbeiter nach Rücknahme der Normenerhöhungen

gestanden. Sehr schnell entstanden politische Forderungen: Rücktritt der Regierung, freie Wahlen und Wiedervereinigung.

Der Aufstand wurde von sowjetischen Besatzungstruppen und kasernter Volkspolizei niedergeschlagen. Doch dieser Ausgang stand keinesfalls von vornherein fest. Nach dem Bericht eines ehemaligen FDJ-Funktionärs hatte sich die SED-Führung bereits auf eine Flucht in die Sowjetunion eingestellt. Der Arbeiteraufstand war eine echte Chance zum Sturz der stalinistischen Bürokratie in der DDR und zum Aufbau einer Arbeiterdemokratie in einem vereinigten Deutschland.

In Anbetracht des Verhaltens der Westmächte ist die Erklärung des 17. Junis zum „Tag der deutschen Einheit“ der blanke Zynismus. Der Rundfunk im amerikanischen Sektor (RIAS-Berlin) berichtete zwar über die Proteste, lehnte aber ausdrücklich ab, auf Wunsch einer Delegation Ostberliner Arbeiter den Aufruf zum Generalstreik für den 17. Juni bekanntzumachen. RIAS und britischer Rundfunk riefen die Arbeiter zur Mäßigung und zum Aufgeben auf. Von westdeutscher Seite wurden die Sektorengrenzen zu Ostberlin abgeriegelt. SPD- und Gewerkschaftsführung unternahm nichts, um dem Arbeiteraufstand zum Erfolg zu verhelfen.

in Erfahrung gebracht,“ - Ulbricht sagte nicht durch wen und wie - daß diese Büros von Nazis aufgezogen worden sind. ... Wir müssen alles daran setzen sie aufzulösen. Dies ist jetzt die wichtigste Aufgabe.“ (aus: „Die Revolution entläßt



SPD-Wahlplakate in den 50ern.

ihre Kinder“, von Wolfgang Leonhard, der selbst Mitglied der „Gruppe Ulbricht“ war)

Bereits im Juni 1945 wurden in der SBZ Parteien wieder zugelassen. Entgegen den ursprünglichen Planungen und entgegen dem weitverbreiteten Wunsch nach einer einheitlichen Arbeiterpartei wurde die KPD im Juni '45 als eigenständige Partei gegründet. Wenig später folgte dann die Gründung der SPD. Eine sofortige Vereinigung von KPD und SPD zu diesem Zeitpunkt barg für die stalinistische KP-Führung die Gefahr zu großer Unabhängigkeit solch einer Partei und ihrer Mitglieder. Zunächst mußte der eigene Parteiapparat aufgebaut und die KPD-Mitglieder „auf Linie“ gebracht werden. Gleichzeitig machten die sowjetischen Organe durch Druck, Einschüchterungsmaßnahmen und Verhaftungen kritische SPD-Mitglieder mundtot.

Schon bald sahen sich die Stalinisten genötigt, ihre Taktik zu ändern. Trotz



April 1946: Pieck (KPD) und Grotewohl (SPD) bei der Zwangsvereinigung.

der Bevorzugung der KPD durch die Besatzungsmacht entwickelte sich die SPD rascher als die KPD. Die ersten Parlamentswahlen nach dem Krieg in Österreich waren für die kommunistische Partei, die KPÖ, eine Katastrophe: Die Sozialdemokraten (SPÖ) erhielten 76 Abgeordnete, die KPÖ nur 4. Die KPD-Führung zog daraus die Konsequenzen und startete in der SBZ eine Vereinigungskampagne. In der SPD wuchs die Stimmung gegen eine schnelle Vereinigung mit der KPD.

Zwangsvereinigung KPD/SPD

Ende März 1946 wurde unter den Berliner SPD-Mitgliedern in den Westsektoren eine Urabstimmung durchgeführt. Im sowjetischen Sektor war sie verboten worden. Das Ergebnis: Von 32.547 Westberliner SPD-Mitgliedern stimmten 23.755 ab, 82% stimmten gegen eine Vereinigung, 12% waren dafür. 62% waren gleichzeitig für eine Zusammenarbeit mit der KPD, 23% lehnten auch das ab. Im April 1946 fand dennoch der Vereinigungsparteitag von KPD und SPD zur SED statt. Mit viel Propaganda, Versprechungen von mehr Demokratie in der neuen Partei, von einem deutschen Sonderweg zum

Sozialismus war die Vereinigung erreicht worden. Zuvor waren viele kritische und einheitsfeindliche SPD-Mitglieder, auch einzelne KPD-Mitglieder, unter Druck gesetzt oder sogar verhaftet worden.

Waren zu diesem Zeitpunkt die meisten Mitglieder noch aus ehrlicher Überzeugung in der neuen Partei, so änderte sich dies in den folgenden Jahren. Besonders ab 1948 wurde die Partei auf allen Ebenen „gesäubert“.

Die SED-Bürokratie mit Ulbricht an der Spitze war abhängig von Moskau. Sie stützte ihre Macht auf die Gewehre der roten Armee. Ihre Abhängigkeit von Moskau ging so weit, daß sie eigentlich entgegen ihren Interessen ständig dem Westen Offerten zur Wiedervereinigung unterbreiten mußte. Gleichzeitig konnte sie nicht im Ernst annehmen, daß sie in einem wiedervereinigten Deutschland ihre privilegierte Stellung hätte behaupten können.

Stalinnote

1952 machte Stalin noch einmal ein aufsehenerregendes Angebot. In der sogenannten Stalinnote bot er den Westmächten die Wiedervereinigung Deutschlands an. Die entscheidende Bedingung: Deutschland sollte neutral, d.h. blockfrei sein. Die Westmächte lehnten auch dieses Angebot ab. Dazu folgender Kommentar von Professor Wolfgang Seiffert, der bis 1978 als Völkerrechtsexperte und prominentes SED-Mitglied in der DDR tätig war: „Und deshalb glaube ich, kann man sagen, daß sicherlich solche Schritte der Sowjetunion wie die bekannte Stalinnote von 1952 ein Störmanöver gegen die Einbeziehung der Bundesrepublik in das militärische Verteidigungsbündnis des Westens war. Aber das ein durchaus ernstgemeinter Störversuch! Und für die SED-Führung beinhaltete diese Variante der sowjetischen Deutschlandpolitik die Gefahr, daß sie Zugeständnisse machen mußte, die die politischen Strukturen eines wiedervereinigten Deutschlands durchaus nicht von vornherein im kommunistischen Sinne festschrieben. Ja ich erinnere mich, daß man im SED-Parteiapparat damals sogar davon ausging - etwa 1953-55 -, daß es nicht auszuschließen war, daß die SED in einem so wiedervereinigten Deutschland in die Illegalität

gehen müßte.“ (Zitiert nach W. Venohr, „Die roten Preußen“)

Doch so wie die Bürokratie erkannte, daß die deutschen Kapitalisten, Adenauer und die Westmächte keine Vereinigung wollten, versuchte sie ihre Macht zu festigen. Hätte die Teilung Deutschlands verhindert werden können? Sicherlich nicht von den Kräften, die sie betrieben haben.

Die einzige Kraft, die die Teilung Deutschlands hätte verhindern können, war die Arbeiterklasse. Nicht, weil sie die edleren Menschen in ihren Reihen vereint, sondern weil sie international das gleiche Interesse hat: Frieden und eine Gesellschaft ohne Unterdrücker.

Georg Kümmel, Aachen
Jungsozialist

Literaturhinweise:

Wolfgang Leonhard, „Die Revolution entläßt ihre Kinder“.

„Zwischen Befreiung und Besatzung“, Analysen des US-Geheimdienstes über Positionen und Strukturen deutscher Politik 1945, hrsg. von Ulrich Borsdorf und Lutz Niethammer.

Wolfgang Venohr, „Die roten Preußen“.

Nationalitätenkonflikt in der UdSSR

Militäreinsatz in Armenien und Aserbaidschan

Die Nationalitätenkonflikte in der UdSSR haben sich dramatisch zugespitzt. Am 20. Januar 1990 stürmte die Sowjetarmee mit 20.000 Soldaten Baku, die Hauptstadt der autonomen Republik Aserbaidschan. Schon Tage zuvor hatte Gorbatschow mehrere Tausend Soldaten in das Krisengebiet geschickt. Die Bevölkerung von Baku blockierte mit Barrikaden die Zufahrtsstraßen zur Innenstadt, um den Einmarsch der Truppen zu verhindern. Zudem riefen sie zu einem Generalstreik gegen die Belagerung auf.

Beim Einmarsch, so berichten u.a. sowjetische Journalisten, haben Soldaten rücksichtslos auf unbewaffnete Demonstranten geschossen und Panzer sind über Barrikaden gerollt - ohne Rücksicht auf Menschen. Die Verantwortung für diesen militärischen Eingriff trägt Gorbatschow auch persönlich, denn er ist der Vorsitzende des Nationalen Verteidigungsrates. Nach offiziellen Angaben zufolge kamen 84 Menschen um, mehrere Tausend wurden verletzt.

In Aserbaidschan wie auch in Armenien sind mit dieser Intervention die letzten Illusionen in Gorbatschow und seine „Reformpolitik“ gefallen. Er wird als russischer Unterdrücker angesehen. Ein Vertreter der aserbaidschanischen Volksfront drückte es so aus: „Bisher haben wir gegen Armenien Krieg geführt, jetzt kämpfen wir auch noch gegen die UdSSR.“

Gorbatschows „Reformpolitik“ ermutigte die seit Jahrzehnten unterdrückten und benachteiligten Völker (Balten, Georgier, Moldawier, Usbeken, Ukrainer usw.), für ihre Rechte zu kämpfen. Die Wurzeln der Konflikte liegen hauptsächlich in der brutalen Unterdrückungs- und Umsiedlungswelle der Stalinzeit. Teilweise gehen sie aber bis ins zaristische Reich zurück. So z.B. der Konflikt um die autonome Republik Berg-Karabach (170.000 Einwohner) auf dem Gebiet Aserbaidschans. Sie ist zu 76% von Armeniern und zu 23% von Aseris besiedelt.

Schon im 19. Jahrhundert verweigerte der Zar die Eingliederung Berg-Karabachs in einen armenischen Territorialstaat. Mit der russischen Revolution, die allen Völkern das Recht auf Selbstbestimmung gewährte, kamen neue Hoffnungen der Vereinigung Ka-

autonomen sozialistischen Sowjetrepublik (ASSR) im Rahmen der Sowjetrepublik Aserbaidschans erklärt.

Die willkürliche Umsiedlung und Aufteilung von Nationalitäten unter Stalin ohne Rücksicht auf das von Marxisten verteidigte Prinzip der Selbstbestimmung der Nationen sowie die Unterdrückung ihrer Kultur und Sprache sind die historischen Wurzeln für den Fortbestand von Nationalitätenproblemen in der UdSSR.

Lenin erklärte 1922, daß „die ‚gekränkten‘ nationalen Minderheiten für nichts ein so feines Gefühl haben, wie für die Gleichheit und die Verletzung dieser Gleichheit ...“, deshalb ist in diesem Falle ein zuviel an Entgegenkommen und Nachgiebigkeit gegenüber nationalen Minderheiten besser als zuwenig“. (Lenin-Werke, Bd. 36, S. 594) Diesen Grundsatz hat Stalin mit Füßen getreten. Auch Gorbatschow steht wohl weniger in der Tradition von Lenin als von Stalin.

Eskalation

Im Februar 1988 eskalierte der Konflikt um die autonome Republik Berg-Karabach. Die lokalen Sowjets von Armenien und Berg-Karabach forderten die Anbindung Karabachs an Armenien. Der aserbaidschanische Sowjet lehnte dies ab. Es gab Massendemonstrationen (über eine Million) in Eriwan (Armenien) und Stepanakert (Karabach). In dieser Zeit fand ein Pogrom im aserbaidschanischen Sumgait an der armenischen Minderheit statt, bei der nach inoffiziellen Angaben ca. 1000 Armenier umgekommen sein sollen (offizielle Angaben: 8 Tote).

Auch die Bedrohung der aserbaidschanischen Minderheit in Armenien nahm zu, so daß in den letzten zwei

verschlechterten ökonomischen und sozialen Situation zu betrachten. Der Lebensstandard in der UdSSR ist auf dem Niveau der 50er und 60er Jahre angelangt. 40 Mio. Sowjetbürger leben unter dem Existenzminimum, viele davon in den Randgebieten der SU. Die Kindersterblichkeit ist doppelt so hoch wie in den entwickelten kapitalistischen Ländern. Trotz Preiskontrolle beträgt die offizielle Inflationsrate 10%. Das Haushaltsdefizit beläuft sich auf 120 Mrd. Rubel. Das sind 16% des Nationalprodukts.

Verschlechterung der sozialen Situation

Die Versorgungslage wird immer schlechter. Aserbaidschan (6,8 Mio. Einwohner) ist eine der ärmsten Republiken, obwohl es reich an Öl ist und

fruchtbares Land besitzt. Von ihnen sind über 40.000 obdach-, arbeits- und mittellos. Weder Moskau noch die lokalen Parteifunktionäre haben materielle Hilfe geleistet. Ansonsten sind die Löhne in Baku niedriger als sonst in der Republik und die Wohnungsnot größer.

Diese Ungleichheit, hervorgerufen durch die Unfähigkeit der Bürokratie, die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der gesamten UdSSR gleichmäßig voranzutreiben, gekoppelt mit der Erinnerung an die Unterdrückung in der Stalinära, sind die Wurzeln für die nationalistischen Tendenzen.

Die größte Angst hat die Bürokratie vor der Einheit der armenischen und aserbaidschanischen Arbeiter und der Übernahme der Macht durch diese in den Regionen. Zum Zeitpunkt des Einmarsches in Baku war die aserbaidschanische Volksfront, die die Unterstützung der Massen hat, gerade dabei, die lokalen Parteieinrichtungen zu stürmen und die Macht zu übernehmen. In Lenkoran und Jalibad ist dies sogar gelungen. Dort hat die Volks-



Sowjetische Truppen besetzen Baku.

front die örtliche Regierung übernommen, so daß eine Art Doppelherrschaft besteht.

Dies beschneidet die Interessen der gesamten Bürokratie, stellt ihre Macht und Privilegien in Frage. Um die Ausbreitung zu verhindern, intervenierte die Armee, nicht, um die armenische Minderheit zu schützen. Die anschließende Verhaftungswelle von Führern der nationalistischen Volksfront zeigt die Angst der Bürokratie, ihre Macht zu verlieren.

front die örtliche Regierung übernommen, so daß eine Art Doppelherrschaft besteht.

Dies beschneidet die Interessen der gesamten Bürokratie, stellt ihre Macht und Privilegien in Frage. Um die Ausbreitung zu verhindern, intervenierte die Armee, nicht, um die armenische Minderheit zu schützen. Die anschließende Verhaftungswelle von Führern der nationalistischen Volksfront zeigt die Angst der Bürokratie, ihre Macht zu verlieren.

Recht auf Selbstbestimmung

Der Nationalismus ist ein rückständiges Element der Massenbewegung, aber er birgt auch ein fortschrittliches in sich, nämlich den Kampf gegen die Bürokratie, den Gorbatschow durch

die Intervention noch angeheizt hat. Während des Ausnahmezustandes gab es Hilferufe von armenischen Flüchtlingen an die aserbaidschanischen Nachbarn. Das zeigt, daß selbst in dieser komplizierten Situation auch die Möglichkeit besteht, daß der Ruf nach Arbeitereinheit auf fruchtbaren Boden fällt.

Die Lösung der nationalen Probleme wird nur im Prozeß der politischen Revolution gelingen können, d.h. des Kampfes um die Beseitigung der privilegierten und unfähigen Bürokratie und schließlich dem Aufbau einer wirklichen Arbeiterdemokratie.

Marxisten müssen für die Arbeitereinheit und für das Recht auf Selbstbestimmung der Nationen kämpfen, in der Tradition der Oktoberrevolution.

Jede Nation muß das Recht auf ihre Kultur und Sprache haben. Die armenische Mehrheit in Berg-Karabach sollte das Recht auf Zugehörigkeit zu Armenien bekommen, gleichzeitig aber den Schutz der aserischen Minderheit garantieren. Dies kann aber nur durch selbstgewählte Komitees der Arbeiter geschehen und nicht durch die Bürokratie, die zur Erhaltung ihrer Herrschaft eine nationalistische Politik nach dem Motte „Spalte und herrsche“ selbst betreiben wird.

Die Bürokratie wird nie von sich



Frauen trauern um einen getöteten Aseri.

rabachs mit Armenien auf. Diese Hoffnungen sollten auch vorübergehend in Erfüllung gehen. Der unter Lenin tätige Volkskommissar für Nationalitätenfragen, Josef Stalin, erklärte am 1. Dezember 1920 in der Prawda: „Am 1. Dezember verzichtet Sowjetaserbaidschan freiwillig auf die umstrittenen Provinzen und proklamiert die Übergabe Sangesurs, Nachitschewans und Berg-Karabachs an Sowjetarmenien.“

Unterdrückung unter Stalin

Aber am 7. Juli 1923, als die Bürokratisierung schon im Gange und Lenin an das Bett gefesselt war, wurde der Beschluß vom 1.12.1920 rückgängig gemacht und Berg-Karabach zur

Jahren ca. 200.000 aus Armenien flüchteten. Trotz Absetzung der Parteiführung (Mai '88) in Baku konnte die Bürokratie nicht Herr der Lage werden. Es wurden 5000 Soldaten in das Unruhegebiet geschickt. Im Januar 1989 wurde Berg-Karabach der direkten Kontrolle Moskaus unterstellt. Dies löste überhaupt keine Probleme. Im September erzwang ein einwöchiger Generalstreik, in dessen Verlauf sich die aserbaidschanische Volksfront bildete, die Rückgabe und Verbleib Berg-Karabachs und Nachitschewans in Aserbaidschan. Die Enklave Nachitschewan ist mehrheitlich von Armeniern bewohnt.

Die jüngste Eskalation der Unruhen sind auch vor dem Hintergrund der

aus die Lostrennung der Republiken von der SU erlauben, weil es ihre Macht und Privilegien untergraben würde. Ihr Sturz und der Aufbau einer Arbeiterdemokratie würden auch die ökonomischen Voraussetzungen für eine gleichmäßige Entwicklung aller Nationalitäten schaffen, als ein Grundelement für ein friedliches Zusammenleben.

Frank Klobes, Kassel, Jungsozialist

In der nächsten Ausgabe:
Hintergrundbericht
zur Lage in
Südafrika

Internationale Notizen



Italien

Zu großen Massenprotesten, Streiks und Uni-Besetzungen, die vom Ausmaß selbst die 68er Bewegung in den Schatten stellen, ist es in Italien gekommen. Die Streiks an den 48 staatlichen Hochschulen richteten sich gegen die Regierungspläne, die Unis teilzuprivatisieren. Es besteht auch eine allgemeine Unzufriedenheit wegen überfüllter Hörsäle und schwierigen sozialen Lebensbedingungen.

Griechenland

Am 25. Januar fand ein Generalstreik für Lohnerhöhungen von 20 bis 40% statt. Rund 1 Million Arbeiter (Bevölkerung: 10,1

Mio) beteiligten sich. Unzählige einzelne „wilde“ Streiks, Besetzungen von Ministerien und die unklare politische Situation - all dies schafft ein allgemeines Klima der Instabilität.

Iran

Am 20. Februar kam es in Teheran zu einer Demonstration gegen das Regime, an der sich auch Mütter von inhaftierten oder hingerichteten Oppositionellen beteiligten. Schon am 16. Februar gab es gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen („Fußballrowdies“ nach offizieller Lesart) und den „Pasdaran“, den Gardien des Regimes.

„Modell“ Schweden Die Arbeiterklasse wehrt sich

Führende Sozialdemokraten in BRD und DDR hatten bis zuletzt oft vom „Modell Schweden“ gesprochen. Sie sahen es als glückliche Verbindung von kapitalistischer Marktwirtschaft und Sozialstaat. Selbst in der Umgebung Gorbatschows wurde die Meinung vertreten, daß Schweden „mehr Sozialismus“ aufweise, als die Sowjetunion.

Doch die Klassenkämpfe der letzten Wochen haben verdeutlicht, daß auch Schweden in eine Epoche von Krisen und Erschütterungen eingetreten ist. Die Streikbewegung und die durch Konflikte mit den Arbeitern verursachte Regierungskrise bis hin zum Rücktritt des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Carlsson haben schlagartig deutlich gemacht, daß Schweden keine „Insel der Glückseligen“ ist.

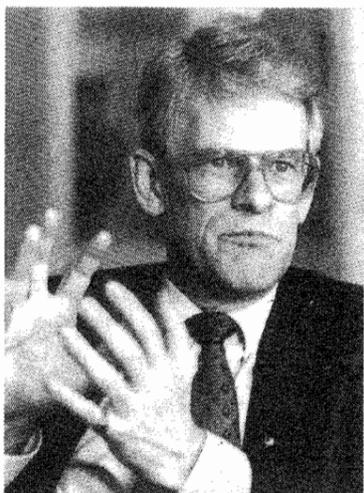
Schon das Jahr 1989 hatte im Zeichen von Streiks der Schüler, Lokführer, Polizisten und Lehrer gestanden. Anfang 1990 begann dann eine Welle inoffizieller Streiks der kommunalen Beschäftigten, die sich sehr rasch auf das ganze Land erstreckte. Es folgte der Kampf der 60.000 Bankangestellten, die für schwedische Verhältnisse sehr schlecht bezahlt werden.

Wie in der BRD und anderen Ländern hat der kapitalistische Wirtschaftsaufschwung der letzten Jahre die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößert. Noch 1980 verdiente etwa der Volvo-Chef das elffache eines durchschnittlichen Arbeiterlohns; 1988 war es das 50fache! Zu den Verlierern der letzten Jahre gehören die kommunalen Beschäftigten. Ihr Reallohn ist in den 80er Jahren um 8,7% gesunken. Von den 8,4 Millionen Einwohnern Schwedens sind 524.000 auf staatliche Sozialhilfe angewiesen, die Armut steigt enorm an.

Arbeitslosigkeit

Sieben Jahre lang hat sich die sozialdemokratische Regierung Schwedens damit gebrüht, eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik betrieben zu haben - und nun verkündete der Finanzminister plötzlich, daß Schweden in der Krise sei. In der Tat: Die Tage des „Wirtschaftswunders“ sind gezählt. In den letzten beiden Monaten 1989 gin-

gen die Exporte der schwedischen Industrie um 15% zurück. Die größten Exportbranchen (PKW, LKW, Papier) haben in den letzten zwei Jahren drastisch Weltmarktanteile eingebüßt. Außer der BRD sind Norwegen, Großbritannien und die USA die wichtigsten Abnehmer schwedischer Produkte. Der bevorstehende Wirtschaftsaufschwung in den drei letztgenannten Ländern beginnt sich auszuwirken, so daß das schwedische Wirt-



Ministerpräsident Carlsson.

schafswachstum 1990 nicht über einem Prozent liegen dürfte. Investitionen in die schwedische Industrie sind rückläufig, die Arbeitslosigkeit beginnt anzuwachsen. Die großen Betriebe wie Saab und Volvo bauen bereits jetzt Arbeitsplätze ab. Während die Arbeiter am Ende eines längeren Wirtschaftsaufschwungs jetzt „ihren Anteil am Kuchen“ fordern, wollen die Unternehmer angesichts des kommenden Wirtschaftsabschwungs ihrerseits den Druck erhöhen.

Angriffe auf die Arbeiter

Die Regierung hat lange versucht, sich zwischen den Fronten durchzuvolvern - in allen entscheidenden Fragen jedoch hat sie für die Unternehmer Partei ergriffen. Dabei gehört Schweden zu den Ländern mit der höchsten Unternehmenskonzentration und Monopolisierung überhaupt. Das Angebot der Unternehmer, die Lohnrunde 1990 und '91 einfach „ausfallen“ zu lassen, wird in der Industrie sicher zu großen Konflikten führen. Eine Steuerreform zur „Stimulierung der Marktkräfte“ wird von 70% der im Gewerkschaftsbund LO organisierten Arbeiter als Reform für die Reichen betrachtet. Als die Regierung dazu überging, Anti-Streik-Gesetze durchzusetzen und Streikverbote sowie Lohnstopp und Strafen für illegale Streiks zu verhängen, entwickelte sich der größte Konflikt in Schweden zwischen Staat und Gewerkschaften seit 1920.

Was die gegenwärtige Lage auszeichnet, ist die Tatsache, daß die SAP-Regierung einen Angriff gegen ihre

eigene Basis, die Arbeiterklasse, versucht hat. In Meinungsumfragen liegt die SAP, die vor einhalb Jahren mit 43,7% klar in Führung lag, bei bescheidenen 34%. Im Falle vorgezogener Neuwahlen (was bisher in der schwedischen Nachkriegsgeschichte noch nie der Fall gewesen war) wäre deshalb eine empfindliche Niederlage denkbar. Auf jeden Fall stehen auch

Schweden bewegte Monate und Jahre intensivierten Klassenkampfes bevor. Die Möglichkeiten für den Aufbau eines starken marxistischen Flügels in SAP und Gewerkschaften und ein Ende der Vorherrschaft rechter sozialpartnerschaftlicher Ideen in der Arbeiterbewegung nehmen immens zu.

Hans-Gerd Öfinger, Wiesbaden
Jungsozialist



Kürzungen verschlimmern die sozialen Verhältnisse: ein überfülltes Krankenhaus.

Rumänien

Der Kampf geht weiter

Seit Ceausescus Sturz stellt die „Front der Nationalen Rettung“ (FNR) die Regierung. Diese Front kündigte sich ursprünglich als „Übergangsregierung“ an. Ende Januar beschloß sie, entgegen ihrer Versprechungen, sich doch an den Wahlen zu beteiligen. Oppositionsgruppen und Teile der arbeitenden Bevölkerung reagierten empört: Am 28. Januar 1990 demonstrierten in Bukarest 40.000 Menschen.

Immer mehr Arbeiter und Studenten erkennen, daß die FNR nur das alte Machtmonopol beibehalten möchte. Während der Dezembertage hat die FNR keine entscheidende Rolle gespielt. Der Sturz Ceausescus wurde von den Arbeitern, Soldaten und Studenten durchgeführt. Erst später hat sich die FNR an die Spitze der Bewegung gestellt.

Keiner hat die Übergangsregierung gewählt. Sie setzt sich vor allem aus alten KP-Mitgliedern und früheren Regierungsmitgliedern zusammen. Zu diesen rumänischen Wendehälsen gehört Ion Iliescu, seit Dezember Chef der FNR. Er war bis 1971 Jugendminister und ZK-Sekretär. Ehrliche Wende der Bürokratie? Durch die Bewegung erkämpfte Rechte wurden wieder eingeschränkt. Die versprochenen Volksabstimmungen über das KP-Verbot und über die Todesstrafe wurden wieder rückgängig gemacht. Demonstrationen müssen 48 Stunden vorher genehmigt werden - aus „Sicherheitsgründen“.

Iliescu meinte sogar: „Das Mehrparteiensystem ist ein überholtes Modell für Demokratie.“ Seit Anfang Februar gibt es auch in Rumänien einen Runden Tisch, den die FNR ins Leben gerufen hat, als der Druck gegen sie zu groß wurde. Außerdem besteht seit dem 8. Februar ein Übergangsparlament, in dem 180 Personen sitzen. 90 davon sind Vertreter der FNR. Es soll für die Zeit bis zu den Wahlen eine „Übergangsregierung“ stellen. Durch diese zwei Einrichtungen möchte die FNR ihre Politik besser verkaufen und die wahren Machtverhältnisse verschleiern.

Widersprüchliche Stimmung

Dieser Schachzug Iliescus bedeutet, daß die Opposition einen Schutzschild der Bürokratie gegenüber den Arbeit-

tern darstellen soll. Weil sich die FNR demokratisch zeigt, erhofft sie sich bessere Chancen bei den Wahlen.

In Rumänien herrscht zur Zeit eine widersprüchliche Stimmung. Die FNR wird noch in gewisser Weise mit der Revolution identifiziert, weil sie nach Ceausescus Sturz die Regierung stellte. Immerhin hat die Regierung in den ersten Tagen dutzende Gesetze außer Kraft gesetzt, wie z.B. die Zerstörung der ungarischen Dörfer. Sie hat einen Exportstopp verhängt, der die Lebensmittellage ein wenig verbes-

hin an. Auf allen Ebenen finden Diskussionen statt. Auch in den Betrieben hat im Januar eine weitere Radikalisierung eingesetzt. Die Arbeiter streikten und fast alle Fabriken standen still. Zur Zeit entstehen in den Betrieben Diskussionsforen. Geht die Radikalisierung weiter und werden unabhängige betriebliche Organe gebildet, die sich untereinander koordinieren, ist die Möglichkeit einer Doppelherrschaft vorhanden, auf der einen Seite die Übergangsregierung und der alte, zwar geschwächte, aber immer noch intakte Staatsapparat, auf der anderen Seite die Arbeiterkomitees.

Kein Vertrauen in FNR

Die Revolution in Rumänien unterscheidet sich grundsätzlich von den Bewegungen in der DDR und der CSSR. Der Sturz Ceausescus wurde mit Waffengewalt herbeigeführt. Die Soldaten haben sich auf die Seite der Massenbewegung gestellt und gegen den Schießbefehl gehandelt. Obwohl die Regierung zur Abgabe der Waffen aufgerufen hatte, gaben sie die Arbeiter in vielen Fällen nicht ab.

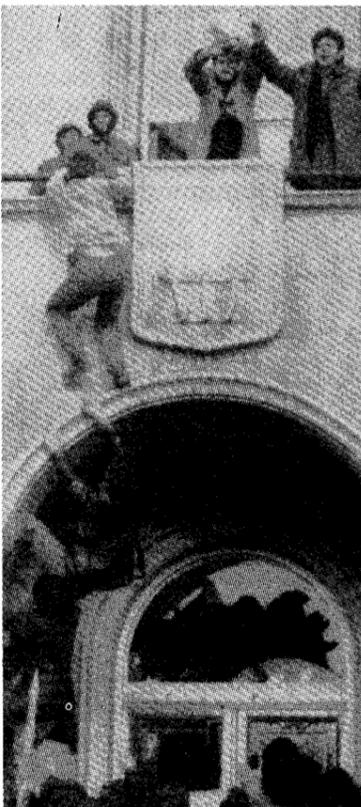
Viele Arbeiter und Jugendliche haben kein Vertrauen zur FNR, obwohl diese sich noch auf die Duldung größerer Teile der Bevölkerung und auf die Unterstützung der Mehrheit der Streitkräfte stützen kann. Doch der Geheimdienst ist zerschlagen und kann derzeit nicht mehr gegen die Massenbewegung arbeiten.

Die Opposition ist aber wegen ihres zumeist bürgerlichen Charakters bei vielen Arbeitern nicht sonderlich beliebt.

Andere Faktoren können die Situation aber noch verkomplizieren. Inwieweit entsteht Nationalismus in Bezug auf das ungelöste Nationalitätenproblem in Moldavien? Wie entwickelt sich die Situation im gesamten Ostblock?

Von entscheidender Bedeutung für die Errichtung einer Räte-demokratie in Rumänien ist in jedem Fall die Entwicklung einer starken marxistischen Kraft. Nur durch eine erfolgreiche politische Revolution kann Rumänien vor nationalen und sozialen Katastrophen bewahrt bleiben. (16.2.90)

Kerstin Käfer, Stuttgart
Jungsozialist



Sturm auf ein Regierungsgebäude am 18.2.

serte. Noch zeigt sich keine wirkliche Alternative zur Front.

Auf der anderen Seite aber stieg der Unmut gegen die FNR-Regierung schon in den ersten Wochen an und scheint immer intensiver zu werden.

Die Massenbewegung hält weiter-

USA

Die Kehrseite des Booms

Ein amerikanischer Arbeiter berichtet

Während der acht Jahre des „Reagan-Booms“ im kapitalistischen Land Nr. 1 ist die Verelendung großer Teile der Bevölkerung weiter fortgeschritten.

Die offiziellen Regierungsstatistiken sprechen eine deutliche Sprache: 31 Mio. US-Amerikaner leben unterhalb der sehr niedrig festgelegten Armutsgrenze. Zwei Drittel der Arbeitslosen bekommen keinerlei Arbeitslosenunterstützung. 37 Mio. sind ohne jede Krankenversicherung, darunter 12 Mio. Kinder, die keine medizinische Versorgung bekommen.

Das Elend der Arbeitslosen und die Zustände in den Ghettos der Großstädte sind aber nur ein Teil der Kosten für den Aufschwung der Profite. Auch die Beschäftigten hatten unter Angriffen auf ihren Lebensstandard und verschärfter Arbeitshetze zu leiden. Bill Bubelis, ein Holzarbeiter aus Seattle, beschreibt in der britischen marxistischen Zeitung „Militant“ die Arbeitsbedingungen von Sägewerksarbeitern im amerikanischen Nordwesten, nachdem er wegen seiner Aktivitäten als Gewerkschafter gefeuert worden ist. Die Holzindustrie ist das wirtschaftliche Rückgrat in dieser Region.

„Wir mußten in einer 10-Stunden-Schicht von 6 Uhr morgens bis 16.30 Uhr am Nachmittag arbeiten. Alles, was wir hatten, waren zwei siebenminütige Pausen und eine halbstündige unbezahlte Mittagspause. ... Du mußt um 5.30 Uhr im Betrieb sein, um die Maschinen vorzubereiten. Wenn alles gut ging, war ich mindestens 12-13 Stunden pro Tag von zu Hause weg. ... Wenn Du zu spät kamst, wurdest Du gefeuert, keine Erklärungen wurden akzeptiert. Wenn Du mehr als 6 Minuten und 59 Sekunden Pause gemacht hast, wurdest Du auch gefeuert, das Gleiche bei der Mittagspause.“

„Wir arbeiten mit Sägen und Maschinen, die bis zu 75 Jahre alt sind. Einige der Sägeblätter haben einen Durchmesser von 1,80 Meter. Wenn sie auf eine sehr harte Stelle oder ein Stück Stahl im Holz treffen, splintern sie und schneiden jemanden im Be-

trieb in Stücke. Das ist schon oft passiert. Jedem vierten Arbeiter bei „Northwest Millworks“ fehlt mindestens ein Finger, jedem zehnten mindestens zwei. ... Es gibt oft keine Abzugseinrichtungen, um die feinen Stäube, Stücke und Späne aufzunehmen, die sich auf mehrere Tonnen pro Tag belaufen. Sie verursachen den Arbeitern Probleme mit der Lunge, enorme Feuergefahren und behindern den sicheren Umgang mit den Maschinen. Wer möchte schon ausrutschen und in ein Sägeblatt fallen?“

Traditionen des Kampfes

Der Versuch, einen Kampf für ausreichende Pausen zu organisieren, wurde von den betrieblichen Gewerkschaftsvertretern nicht unterstützt und vom Management im Keim erstickt:

„Vor ein paar Tagen haben sie die ganze Belegschaft meiner Abteilung, die aus 17 Arbeitern besteht, gefeuert. Wir hatten den Kern der Unzufriedenheit bei „Northwest Millworks“ gebildet. Diese Erfahrungen sind kein Einzelfall.“

Es gibt aber auch Traditionen erfolgreicher Kämpfe der Holzarbeiter in dieser Region:

„In den blutigen Streikämpfen der 30er Jahre schlugen die Arbeiter die Unternehmer durch die Besetzung der Straßen, Städte und industriellen Zentren zurück. Sie verteidigten ihre Rechte, indem sie die Truppen der Nationalgarde, die gegen sie eingesetzt wurden, besiegten. Diese Traditionen der Holzarbeiter bestehen weiter. Das zeigte sich bei dem heroischen, vier Jahre von 1983 bis '87 andauernden Streik von 650 Arbeitern bei der „Nood Door Company“.“

„Und wer sagt, daß amerikanische Arbeiter apathisch oder rechts sind? Die Mehrheit ist bloß noch nicht aus ihrem tiefen Schlummer aufgewacht. Die von uns, die schon aufgewacht sind, versuchen den schlafenden Riesen der amerikanischen Arbeiterklasse wachzurütteln.“

Ulf Petersen, Köln, Jungsozialist

Leserbriefe

Schreibt uns Eure Meinung, Erlebnisse, und und und



Laßt das Volk bestimmen

Zur Anti-NPD-Demo am 17. Februar in Frankfurt/Main: Mit ein wenig Angst ging ich schon zur Demo, war mir doch die Gewaltbereitschaft neofaschistischer Skinheads gut bekannt. Doch es kam anders: Auf der Fahrt durch Frankfurt wurden drei Genossen und ich von einigen Polizisten in unserem PKW angehalten und das Auto nach Waffen durchsucht. Wir hatten keine Waffen und deshalb Glück, denn ein Mädchen, das sich zum Schutz CS-Gas mitgenommen hatte, wurde gleich festgenommen.

Die Demonstration an sich verlief von Beginn an mit Spannungen. Schon als sich der Zug mit vielen Schülern, Lehrern, Punks und anderen Gruppen in Bewegung setzte, versuchte die Polizei, die Menge zu spalten. So wurden wir gleich zu Beginn

am Weitergehen gehindert, danach in zwei Gruppen geteilt und eingekesselt. Als ein paar Leute versuchten, über Hinterhöfe zur anderen Gruppe zu gelangen, starteten die Polizisten ihren ersten Knüppelinsatz, wobei sie auch 15-16-jährigen Schülerinnen kein Pardon gaben.

Nach mehreren Knüppelstößen setzte sich die Gruppe dann zur Wehr, die Polizisten wurden ohne Gewaltanwendung zurückgedrängt. Dies nahm die Polizei zum Anlaß, gegen die gesamte Menge Wasserwerfer und Schlagstöcke einzusetzen, auch gegen Frauen mit Babys in Kinderwagen. Danach rückten ca. 30 Faschisten mit Bewaffnung an, die aber gegen die Vielzahl der Widerständler keine Chance hatten.

Was mir trotz des offenen Staats-

terrors positiv aufgefallen ist: Die Masse war unspaltbar. Stets fanden sich alle versprengten Demo-Teilnehmer wieder zusammen, nie richtete sich Haß gegen „böse“ Autonome, die in den bürgerlichen Medien stets als Sündenböcke hingestellt werden. Punks sangen zusammen mit Schülern die „Internationale“, und alle Menschen hielten zusammen bis zuletzt. Es war für mich ein unglaubliches Erlebnis, habe ich hier doch erfahren, wie weit die Solidarität innerhalb des Volkes gegen den übermächtigen Staat gehen kann. Vielleicht können auch wir - wie die Menschen im Osten - erreichen, daß unser Staat seine Interessen nicht mit brutaler Gewalt durchsetzt, sondern uns als das Volk bestimmen läßt. Durch unser geballtes Auftreten haben wir letztendlich die geplante NPD-Kundgebung verhindert.

Michael Müller, Höchst/Odenwald
Jungsozialist

„Sehr interessiert an Erfahrungsaustausch“

Reaktionen von VORAN-Lesern aus der DDR

Ständig erreichen uns Zuschriften aus der DDR. Nachdem wir in der letzten Ausgabe von VORAN schon eine Auswahl veröffentlicht, hier weitere beziehungsweise Auszüge daraus.

„Werte Redaktion!

Auf der Montagsdemo am 15. Januar 1990 erhielt ich Ihr Flugblatt vom 12. Januar 1990. Mit großem Interesse habe ich es gelesen und teile auch Ihre Meinung.

Da ich gerne mehr von Ihnen wissen möchte, würde ich mich sehr freuen, wenn es Ihnen möglich ist, mir einiges Werbematerial zu schicken.

Mit freundlichem Gruß

Jens K., Otterwisch“

Wir würden uns sehr freuen, bald von Ihnen einen Bescheid zu erhalten, in welchem wir diese genannten Möglichkeiten für unsere Mitglieder erfüllt sehen würden.

Mit freundlichen Grüßen

Betriebs-Gewerkschaftsleitung,
Reichsbahnwerk, Deutsch-sowjetische Freundschaft, Muldenstein“

„Auf der Montagsdemonstration in Leipzig am 15. Januar 1990 führte ich ein kurzes Gespräch mit einer Vertreterin Ihrer Gruppe und erhielt von ihr ein Infoblatt über Ihre Gruppe. Ich konnte die Meinung Ihrer ‚Vertreterin‘ teilen, und ebenso sprach mich der Inhalt dieses Blattes an und erweckte mein Interesse.

Bei der gegenwärtigen Umgestaltung in unserem Land bin ich selbst (im kleineren Rahmen) aktiv, aber wie Sie ja wissen, fehlen uns allen hier jegliche Erfahrungen auf diesem Gebiet.

Deshalb wäre ich sehr an einem Erfahrungsaustausch, wie er in dem Flugblatt (vom 12.1.90) erwähnt ist, interessiert. Besonders wichtig wären für mich Informationen bzw. Materialien über Betriebsräte und Arbeit der Gewerkschaften.

Vor allem in meinem Betrieb (GISAG Leipzig) stellte ich fest, daß viele Unklarheiten über den Charakter von Gewerkschaften und Betriebsräten, deren Arbeitsweise, Gemeinsamkeiten und Unterschiede in Ihrem Land

bestehen. Wir arbeiten gerade an der Gründung eines Betriebsrates und könnten deshalb sicherlich Erfahrungen nutzen.

Aus diesem Grunde wäre ich sehr dankbar, wenn sie mir etwas Infomaterial schicken können.

Mit freundlichen Grüßen

Ina Z., Mecklenburg“

„Guten Tag!

Ich habe zufällig Ihr oder Euer Flugblatt bekommen. Ich bin ganz Eurer Meinung. Ich schreibe mal ganz kurz was, was als Trotzki 1922 geschrieben hat. Der Arbeiterstaat hat sich in diesem rückständigen Land gegen die ganze Welt behaupten können. Dies zeugt von der kolossalen Macht des Proletariats. Aber! Wenn wir uns politisch und militärisch als Staat behauptet haben, sind wir doch nicht zur Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft herangekommen. Solange in den europäischen Staaten die Bourgeoisie an der Macht steht, sind wir gezwungen, eine Verständigung mit der kapitalistischen Welt zu suchen. Aber ein wirklicher Aufschwung ist erst nach dem Sieg des Proletariats in den wichtigsten Ländern Europas möglich. Trotzki wurde dann im Auftrag Stalins in Mexiko von der GPU ermordet.

Ich weiß nicht, ob diese Zeilen etwas für Euch bedeuten. Wenn ja, ist es gut. Wenn nein, ist auch gut.

Wenn jemand möchte, kann er mich gerne mal aufsuchen. Es ist kostenfrei. Aber bitte vorher schreiben.

Mit freundlichen Grüßen

Günter B., Berlin (Ost)“

„Betr.: Kontaktaufnahme mit der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands

Wir möchten Sie bitten, uns bei der Findung von Kontakten zur Gewerkschaft der Eisenbahner behilflich zu sein. Unsere Mitglieder haben großes Interesse an diesen Kontakten und dem möchten wir gern Rechnung tragen. Wir versprechen uns in einem offenen und sachlich geführten Gedanken- und Interessenaustausch sehr viel konstruktive Anspornpunkte, welche auf unserer Seite von einer großen Erwartungshaltung unserer Mitglieder geprägt sein werden. Wir können uns gut vorstellen, daß der Austausch von Delegationen der Gewerkschaftsgrundorganisationen durchaus unkompliziert geschehen kann.

Die Entwicklung der jetzigen Zeit in unserem Land bedingt dies eigentlich, daß wir mit Ihnen den Meinungsaustausch führen wollen.

ihr da oben . . .

100 Jahre 1. Mai...

...sind genug - das meint zumindest die britische Premierministerin Magarët Thatcher. „Die politische Natur dieses Feiertages hat in der Vergangenheit immer wieder Ärger erregt, und Industrie- und Tourismusorganisationen sind besorgt über die Häufung von Feiertagen zwischen Ostern und Mai.“

Praxis und Theorie

Lenin forderte 1917 einen durchschnittlichen Arbeiterlohn für Funktionäre. Heute dagegen hält Professor Yuri Krassin, Rektor des sozialwissenschaftlichen Instituts der

KPdSU, Einwände gegen zu starke Einkommensunterschiede in der Sowjetunion für altmodisch: „Keiner will, daß jemand besser lebt, als er selbst ... Diese gleichmacherische Massenpsychologie hat ihre Wurzeln in der Mentalität der Leibeigenen im Feudalismus“, behauptet er.

Dieser Blödsinn soll natürlich nur die Privilegien der Bürokratie rechtfertigen helfen. Die sowjetischen Arbeiter werden sie gemeinsam mit derartigen „Theorien“ auf den Müllhaufen der Geschichte befördern.

Voll daneben

Pech für die Arbeiter in der DDR! Ihre Revolution genügt nicht den strengen Anforderungen der Hamburger „Grün-Alternativen Liste“ (GAL). Das Urteil: Solidarität mit „den Menschen“ in der DDR sei nicht angesagt. In der DDR handle es sich um einen Aufstand der Unter-



tanen, die in jeder Aktion und Forderung zeigen, daß sie Untertanen bleiben wollen. Der Schlachtruf der GAL lautet: „Keine Solidarität mit den Kreaturen der Diktatur“.

„Meinungsfreiheit“

Die „Front der Nationalen Rettung“ Rumäniens gerät zunehmend unter den Druck der Revolution, deren Autorität sie gestohlen hat. „Wie kann das Volk einer Regierung trauen, die ihre Meinung täglich ändert?“, fragte ein amerikanischer Reporter Silviu Brucan, ein führendes Mitglied der Front. „Täglich ist eine Übertreibung,“ antwortete Brucan. „Wir ändern unsere Meinung nur einmal in der Woche.“



... wir hier unten

VORAN-Veröffentlichungen



Kapitalistischer Alltag und sozialistisches Programm
52 Seiten
2,50 DM



Zur Theorie und Methode des HK
48 Seiten
2,50 DM



Hintergründe und Ablauf der Revolution
28 Seiten
1,50 DM

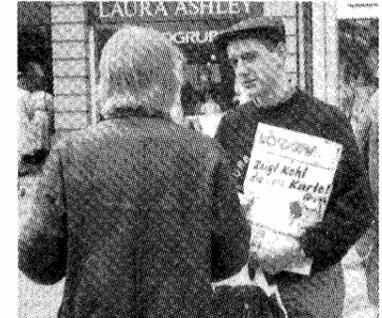


China 1989 - Revolution und Massaker
50 Seiten
2,- DM

Alle Titel zu bestellen bei:
Redaktion VORAN

Hansaring 4, 5000 Köln 1,
Telefon 0221/134504

Verkauft



In vielen Städten findet Monat für Monat eine rege Verkaufstätigkeit der VORAN statt. Wir sollten über positive Beispiele von Verkäufen regelmäßig berichten. Dazu ist es aber notwendig, daß Ihr kurze Berichte schickt! Außerdem wollen wir alle VORAN-Unterstützer ermuntern, verstärkt Abos zu werben, vor allem, wenn nicht gewährleistet ist, daß Leute, die uns schon kennen, am Monatsanfang die VORAN angeboten bekommen.

Kampffonds DDR-Wahl - Hast Du schon gewettet?

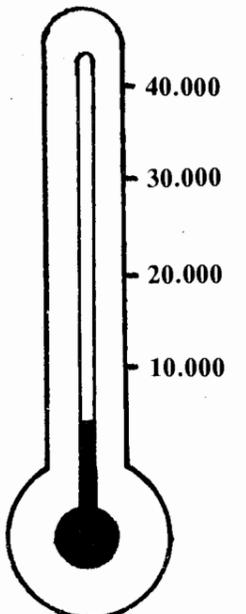
Wieder einmal hat das atemberaubende Tempo der Entwicklung in der DDR unsere Terminplanung für das „Superwahljahr '90“ über den Haufen geworfen: Seit der letzten Ausgabe ist die Volkskammerwahl auf den 18. März vorverlegt worden und steht nun unmittelbar bevor. Die Meinungsumfragen laufen seit Wochen auf Hochtour - unter anderem auch die VORAN-Wahlwetten! Bis zum Wahltag selbst können sie zugunsten unseres Kampffonds eingesetzt werden.

Nachdem die Spendenaktivitäten im Januar etwas langsam angefahren waren - bis Redaktionsschluß hatten uns etwa 4200 DM erreicht - wollen wir hier einige Anregungen geben, wie VORAN-Unterstützer die politisierte Stimmung für Extraspenden nutzen können. Neben den Broschüren, die wir letztes Jahr mit unserer eigenen Druckmaschine produziert haben, wollen wir als nächste Veröffentlichung „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ neu auflegen. Angesichts der gemeinsamen historischen Wurzeln und der Diskussion über Wiedervereinigung ist diese Broschüre brandaktuell. Auch zum Verkauf am 1. Mai eignet sie sich sehr gut - bestellt also gleich das doppelte Kontingent für alle Fälle im voraus.

Im Januar verkauften Göttinger VORAN-Unterstützer Broschüren für 38 DM an der Uni; bei einem „Rock gegen Rechts“-Konzert in Bonn verkauften drei Kölner Leser Buttons, Broschüren und Zeitungen für 114 DM. Da soll eine(r) sagen, der Sozialismus sei tot, es lebe die Marktwirt-

schaft. Wie die Beispiele zeigen, kommen marxistische Ideen nach wie vor hier gut an, gerade bei Jugendlichen, die z.B. unter der real existierenden Wohnungsnot im BRD-Kapitalismus besonders zu leiden haben.

Fiz Garvie, Köln, SPD-Mitglied



Spendenkonto:
VORAN, Postgiroamt Essen
BLZ 360 100 43
Kto.-Nr. 2500 59-430

Drucker machen Druck

Wie in der Metallindustrie, so läuft auch in der Druckbranche der Lohn- und Arbeitszeit-Tarifvertrag aus. Neben einer Vereinbarung über die Verwirklichung der 35-Stunden-Woche fordert die Fachgruppe Druckindustrie und Verlage in der IG Medien lineare Lohn- und Gehaltserhöhungen um 10,5%.

10,5% - eine hohe Forderung? Auf den ersten Blick könnte der unbefangene Leser den Eindruck haben. Ist es doch fast 20 Jahre her, daß eine Gewerkschaft eine zweistellige Lohnforderung stellte. Aber weit gefehlt! Die Druck-Unternehmer fahren im anhaltenden Aufschwung phantastische Gewinne ein: seit 1981 plus 125% Profitsteigerung. Im Vergleich dazu die Löhne: plus 25%. In einer Umfrage der Gewerkschaftszeitung „Kontrapunkt“ kam die entsprechende Stimmung der Drucker zum Ausdruck: Die beschlossene Forderung lag eher an der Untergrenze der Mitglieder-Erwartungen.

„Da läuft die Sahne“

„Da läuft die Sahne“, beschreibt ein Betriebsrat die Lage. Aufträge stapeln sich, neue Gebäude werden gekauft und moderne Maschinen angeschafft.

Eine Auswirkung kann jeder selbst überprüfen: Die Briefkästen ersticken in der Werbeflut. Angesichts dieser Entwicklung ist es pure Heuchelei, wenn der Unternehmerverband auf die Forderungen der Gewerkschaft mit „völligem Unverständnis“ reagiert und sie als überzogene Vorstellung der IG-Medien-Funktionäre darstellt.

Bitter ist allerdings, daß sich auch die Drucker-Gewerkschaft vor 1987 hinreißen ließ, einen dreijährigen Tarifvertrag abzuschließen. Die Rechnung bekamen die Kollegen besonders 1989 geliefert: Einer 2%-igen Lohnerhöhung stand eine 3%-ige Inflationsrate gegenüber. Die Arbeiter und Angestellten in der Druckindustrie büßen somit im vergangenen Jahr ein Stück Lebensstandard ein. Auf diesen Erfahrungen fußt eine weitere Forderung: zwölf Monate Laufzeit des nächsten Vertrages - nicht länger.

Die relativ kleine Gewerkschaft der Drucker hat schon große Kämpfe durchgestanden: 1984 wurde den Unternehmern zeitgleich mit der IG-Metall in einem bisher beispiellosen Arbeitskampf der Einstieg in die 35-Stunden-Woche abgetrotzt. Ein Gewerkschaftssekretär landete sogar schwerverletzt im Krankenhaus, als ein wildgewordener Kleinhändler in Stuttgart in eine Streikpostenkette fuhr.

Im Frühjahr 1989 konnte die IG-Medien sogar allein die Absicherung des freien Wochenendes in der Druckindustrie durchsetzen. „Kurz, knackig, erfolgreich“, kommentierte ein Gewerkschafts-Sekretär den Tarifkampf. Die Druckunternehmer glaubten nicht so recht an die Kampfbereitschaft der Kollegen, erst massiv ausgedehnte kurze Warnstreiks knackten die Unternehmerfront.

Dieses Jahr geht es um die endgültige Festschreibung der 35-Stunden-Woche. In den letzten zwei Jahren gab es zwar sogar eine leichte Zunahme der Beschäftigtenzahl. Doch um Rationalisierungsergebnisse abzufangen (in den letzten Jahren kam es zur rasanten

Einführung neuer Technologien) und neue Arbeitsplätze zu schaffen, ist die weitere Verkürzung der Arbeitszeit notwendig.

Nadelstich-Taktik

1984 wandte die damalige „DruPa“ eine neue Streik-Taktik an: kurze und befristete Streiks, an denen nur einzelne Betriebsteile teilnehmen bei dauerndem Wechsel dieser Gruppen. Diese Streiks sollen zu einem unkalkulierbaren Risiko für die Unternehmer werden und die Produktion durch die Störung des Betriebsablaufes lahmlegen. Begrenzte Mittel sollen so wirksam eingesetzt werden und vor Aussperrung schützen.

MBB Keine Chance für eine alternative Produktion?

Vor kurzem unternahm eine Gruppe von Gewerkschaftsmitgliedern eine Werksbesichtigung bei MBB-Augsburg und bekam dabei vom leitenden Personalmanager eine Lektion in Sachen „sozialer“ Marktwirtschaft erteilt.

MBB gehört nach der Fusion mit Daimler Benz zum Konzern Daimler Benz Holding. Dieser Holding gehören u.a. Mercedes, Aerospace Agency, AEG und EDV-System an. MBB ist der Aerospace Agency neben MTU, Dornier und Telefunken angeliebert.

Der Umsatz von 1988 betrug 7,1 Mrd. DM. Aufschwungstimmung will jedoch bei den Beschäftigten nicht aufkommen. Trotz erkämpfter Arbeitszeitverkürzung arbeitet man dort z. Zt. über 50 Wochenstunden. Die Stimmung ist gereizt durch den ständigen Streß der 3-Schicht-Arbeit. Es kam sogar schon zu einigen tödlichen Verkehrsunfällen nach Beendigung der Nachtschicht.

Neueinstellungen stehen für die Geschäftsleitung nicht zur Debatte, auch angesichts der guten Auftragslage nicht, denn, so wird argumentiert, man weiß nicht, wie lange sie sich so günstig hält. 54% der MBB-Produktion sind militärischer, 46% ziviler Natur. Zur Zeit werden noch Tornadoteile hergestellt, danach könnte der Jäger 90 in Angriff genommen werden. Angesichts der Entwicklungen in Osteuropa und des zunehmenden Protestes der Bevölkerung hier ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß diese Rüstungsprojekte gekürzt werden müssen. Doch dann soll es zu massiven Entlassungen kommen.

Alternativen zur Rüstung

Dies müßte aber nicht sein. Beschäftigte von MBB hatten schon in der Vergangenheit versucht, Alternativen zur Rüstungsproduktion zu entwickeln. Zu diesem Zweck gründeten sie in Zusammenarbeit mit dem Be-

triebsrat und der örtlichen IG-Metall den Arbeitskreis „Alternative Produktion“. Hier wurden konkrete Vorschläge für Produktionstechniken im Bereich Umweltschutz, Energieeinsparung, öffentlicher Nahverkehr und der Verbesserung des Wohnumfeldes erarbeitet. Dazu gehören u.a. ein mobiles Krankenhaus für Katastrophen-

überhaupt kein Unterschied zu anderen Kapitalgesellschaften. Die Forschung und eventuelle Verluste werden sozialisiert, die Gewinne privatisiert. Und das ist die vielgepriesene Marktwirtschaft!

Der Personalchef konnte unsere Empörung nicht verstehen. That's business - so ist das Geschäftsleben! Im



MBB produziert vor allem Rüstungsgüter.

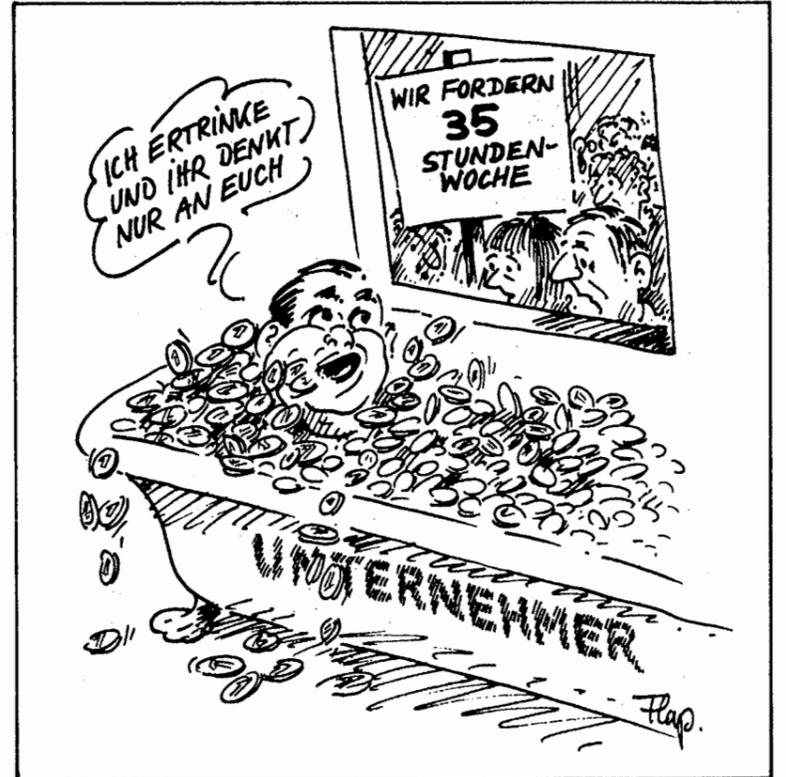
fälle, Meerwasserentsalzungsanlage, versenkbare Parkplätze usw.

Diese Ansätze wurden von der Unternehmensführung als „nicht realisierbar, weil unwirtschaftlich“ abgelehnt. Kein Wunder! Die Herren sind an Superprofite gewöhnt, denn die Finanzierung der Rüstungsaufträge und potentielle Verluste aus dem Airbusgeschäft werden von uns, von unseren Steuergeldern bezahlt.

Bei der Gewinnverteilung dieses Unternehmens besteht allerdings

übrigen meinte er, es handle sich bei 80% der Arbeitslosen um „faule Hunde, Alkoholiker und Arbeitsscheue“ - also kein Grund, um ihnen eine Träne nachzuweinen. Ich hoffe, viele von Euch unternehmen in der nächsten Zeit Werksbesichtigungen. Das öffnet uns die Augen. Wir brauchen dringend: Verstaatlichung der Rüstungsindustrie unter Arbeiterkontrolle; Alternative Produktion statt Rüstung.

Maria-Clara Roque, Wiesbaden Jungsozialistin



Metall-Tarifrunde '90 - Viel Arbeit für Jusos!

Wer kennt nicht die Plakate der Metallunternehmer: „Jetzt kürzer arbeiten - der falsche Weg“, oder „Lieber mehr Lohn“, oder „Wir haben schon jetzt alle Hände voll zu tun“?

Ihre Angebote hingegen sind haarsträubend: 5% mehr Lohn auf 15 Monate, d.h. 4% auf 12 Monate, außerdem die 6-Tage-Woche! Hier zeigt sich, wozu der „Dienstleistungsabend“ dienen soll: Samstags wird jetzt gearbeitet! (Einkaufen können wir ja Donnerstag-Abend!)

Um zu diesen Fragen auf der Straße, an S-Bahn-Stationen oder vor Betrieben aktiv zu werden, haben wir einen Vertreter der IG Metall zu einer Sitzung unserer Juso-Gruppe am 8. Februar eingeladen. Dabei wurde noch einmal klar, auf wessen Kosten die Unternehmer ihre Riesengewinne erzielen und wie wichtig die Durchsetzung des gesamten Forderungspakets der IGM ist. Gerade für Jusos gilt es, diese Tarifrunde in Zusammenhang mit den ganzen anderen Angriffen zu stellen: Dienstleistungsabend, sonstigen Flexibilisierungsbestrebungen, Änderung des §116 Arbeitsförderungs-gesetz, und das weiter verschlechterte Betriebsverfassungsgesetz. Gerade im Wahlkampfjahr 1990 könnten von der SPD gemeinsam mit den Gewerkschaften ausgearbeitete Neufassungen dieser Gesetze ein Signal setzen. Hier wird deutlich, wie wichtig der Schulterschuß von SPD und Gewerkschaften wird: Im Kampf gegen Arbeitslosigkeit sind die Aufgaben von Partei und Gewerkschaft eng verknüpft. Genau das sollten wir jetzt auf der Straße, im Wahlkampf oder vor den betroffenen Betrieben erklären.

Unser AG-Sprecher sagte, daß jeder Arbeitskampf die Vorstellungen der „Sozialpartnerschaft“ in Frage stellt. Wenn die Unternehmer wie jetzt in der Metallindustrie schon in den Zeiten des Aufschwungs solche „Angebote“ machen, was sind sie erst in der Krise bereit zuzugestehen? Wir müssen uns auf harte Kämpfe in der Zukunft gefaßt machen. Jetzt geht es für Jusos darum, mitzuhelfen, daß die Metaller ihr gesamtes Forderungspaket durchbekommen. Wir sollten uns dazu auch an den von der IGM geplanten Solidaritätstagen beteiligen.

Geert Möbius, Hamburg-Bahrenfeld Jungsozialist

Ich möchte

VORAN

unterstützen und bitte um weitere Informationen

Name

Anschrift

Telefon

Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 0221 / 134504

Ich möchte

- VORAN abonnieren, 6 Ausgaben zu 9,60 DM
- VORAN weiterverkaufen und bestelle Exemplare (in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
- ein VORAN-Förderabo zu DM beziehen (ab 20 DM)



Name, Anschrift, Telefon

Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1
Postcheckamt Essen, Bankleitzahl 360 100 43, Konto-Nr. 2500 59-430

Verschmutzung der Meere
Seite 5

Armenien und Aserbaidschan
Seite 8

Unsere Forderung:

Verfassungsschutz auflösen!

Die großartige Bewegung in der DDR hat dem Stalinismus eine empfindliche Niederlage beigebracht und auch seine „Sicherheitsorgane“ (insbesondere die „Staatssicherheit“) entscheidend geschwächt. Nehmen wir uns die DDR-Bewegung zum Vorbild: Stellen wir die Existenz von Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst (BND), Militärischer Abschirmdienst (MAD) und Bundesgrenzschutz (BGS) in Frage!

Es kann keine Rede davon sein, daß der Osten den Westen bedrohe. Der Zwang der Sowjetunion zur Abrüstung hat eine neue Situation geschaffen. Das Gerede von der vermeintlichen „Aggressivität des Kommunismus“, der „Bedrohung durch die böse Macht aus dem Osten“ etc. entbehrt gerade heute jeglicher Grundlage. Natürlich gibt es noch den KGB in der UdSSR. Er ist als Unterdrückungsinstrument der Bürokratie eine ständige Bedrohung für die Arbeiterklasse und die Jugend in der UdSSR selbst. Wir unterstützen die Arbeiter der UdSSR

in ihren Kämpfen. Der KGB bedroht aber nicht die bundesdeutsche Bevölkerung.

Aufgrund der ganz offensichtlich veränderten Situation ist die gesamte bisherige offizielle Begründung zugunsten der bundesdeutschen „Sicherheitsorgane“ hinfällig. Aber in Wahrheit haben sie nie unsere Sicherheit, d.h. die Sicherheit der Arbeiter, Angestellten, Schüler und Studenten, garantiert. Im Gegenteil: Sie waren stets und sind in erster Linie Institutionen zur Bespitzelung der bundesdeutschen Bevölkerung, die Briefe öffnen, Tele-

fone abhören usw.

In den letzten Monaten wurde offiziell bekannt, daß der BND Briefe aus der BRD in die DDR öffnete und registrierte. Der Verfassungsschutz hat riesige Dateien mit Informationen Tausender BRD-Bürger.

Die wahre Aufgabe der besonderen Einheiten Verfassungsschutz, BND usw. ist, die Bevölkerung in Schach zu halten und gegen unliebsame Linke und Gewerkschafter vorzugehen. Warum wohl hat der BGS den Einsatz gegen streikende Arbeiter geübt? Viele Firmen erhalten unter der Hand Informationen vom Verfassungsschutz über Arbeiter, die sich bewerben. Regierende Politiker sind die reinsten Heuchler, wenn sie die Stasi kritisieren (wir meinen natürlich auch, daß die Stasi weg muß!), gleichzeitig aber die hiesigen Geheimdienste aufrechterhalten.

Die Geheimdienste arbeiten fast oh-

ne jede Kontrolle. Sogar führende Politiker sind nicht selten abgehört worden. Die Dienste können ungestraft kriminellen Tätigkeiten nachgehen. Um künstlich die öffentliche Stimmung anzuheizen, ließen Verfassungsschutzleute z.B. in Celle am Gefängnis eine Sprengladung detonieren („Celler Loch“). Würden heute die Archive der Geheimdienste geöffnet werden, käme ähnlich Schockierendes ans Tageslicht wie die Machenschaften der Stasi.

Ohne Kontrolle

Das parlamentarische Organ, das die Geheimdienste überwachen soll, ist die „Parlamentarische Kontrollkommission“ (PKK). Gerhard Jahn, SPD-Bundestagsabgeordneter und eher dem rechten Parteiflügel zugehörig, begründete sein Ausscheiden aus der PKK Ende Januar mit der Aussage, sie erfülle ohnehin nur eine „Alibi-funktion“: „Jeder Versuch, den Verfassungsschutz, den Militärischen Abschirmdienst oder den Bundesnachrichtendienst parlamentarisch an die Leine zu nehmen, ist schlicht gescheitert.“

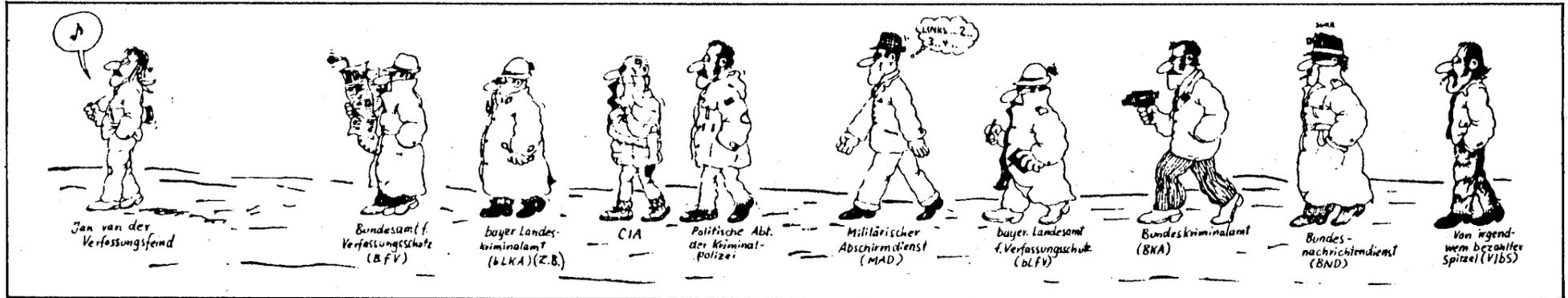
Oft wird argumentiert, daß die Überwachung von alten und neuen Nazis eine sinnvolle Tätigkeit des Verfassungsschutzes sein könnte. Doch

wie viele Nazis sind denn im öffentlichen Dienst, während für Linke Berufsverbote ausgesprochen wurden und teilweise immer noch werden?! Wie kommt es denn, daß die Polizei meistens die Nazis gegen „chaotische und anarchistische“ Antifaschisten schützt? Und wie ist zu erklären, daß der Verfassungsschutz bis heute noch nicht gegen die Republikaner vorgegangen ist? Selbst wenn - wie in Nordrhein-Westfalen - die Überwachung der Repts angeordnet wird: Diese Überwachung wird nicht im nennenswerten Umfang stattfinden, weil der Verfassungsschutz von Repts unterwandert ist, wie selbst die Landespolitiker zugeben müssen.

Von welcher Seite man das Problem auch beleuchtet: Immer sehen wir nur folgende Funktion der Geheimdienste: Überwachung des Volkes, Gängelung von Linken, Einschüchterung der Arbeiter. Bei größeren Kämpfen der Arbeiterklasse in der Zukunft werden die Geheimdienste noch viel massiver gegen uns vorgehen wollen. Greifen wir dem vor, kämpfen wir heute schon für deren Abschaffung!

Unsere Forderung kann nur lauten: Weg mit Verfassungsschutz, MAD, BND und BGS.

Andreas Paqué, Köln, Jungsozialist



Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein

SPD wählen!

Am 25. März 1990 sind in Schleswig-Holstein Kommunalwahlen, und es besteht wieder einmal die Chance, der CDU und damit auch Kohl für ihre unternehmerfreundliche Politik eine klare Abfuhr zu erteilen.

Viele der kommunalen Probleme wie Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Geldmangel der Kommunen sind Symptome der Bonner Regierungspolitik. Auch in den SPD-geführten Kommunen bekamen die Arbeiter die Auswirkungen einer verheerenden Sparpolitik zu spüren. Spricht man bekannte SPD-Politiker auf diese Sparpolitik an, so wird man sofort auf die miserable finanzielle Situation der Kommunen aufmerksam gemacht.

Doch daß es auch anders geht, zeigt ein Beispiel aus dem Ausland.

Beispiel Liverpool

In der Tabelle der 33 ärmsten Städte in Westeuropa steht Liverpool an letzter Stelle. Dieses wollte der marxistisch geführte Stadtrat ändern, der von 1983 bis '87 amtierte. Gleich nach Amtsantritt wurden 1200 Entlassungen rückgängig gemacht, ein intensives Wohnungsbauprogramm in An-

griff genommen, wodurch mehr als 10.000 Arbeitsplätze im Baugewerbe geschaffen wurden.

Es wurden sechs neue Sportzentren gebaut, fünf neue Kindergärten eröffnet und die wöchentliche Arbeitszeit der ca. 30.000 städtischen Angestellten von 40 auf 35 Stunden pro Woche gesenkt.

Diese Maßnahmen hätte der Stadtrat alleine natürlich nie durchsetzen können. Nur durch die massive Unterstützung der Liverpools Arbeiterklasse konnte das notwendige Geld von der Thatcher-Regierung in London gefordert werden. Diese Unterstützung drückt sich in drei örtlichen Generalstreiks aus, und bei den Wahlen 1983, '84 und '86 bekam die Labour Party mehr Stimmen als je zuvor, trotz Bevölkerungsrückgang.

Diese arbeiterfreundliche Politik war der konservativen Regierung in London ein Dorn im Auge und sie

schaffte es, über die undemokratische Absetzung des Stadtrats von oben weitere Erfolge zu verhindern.

Auch eine sozialdemokratische Bürgerschaft z.B. in Lübeck, die konsequent für Arbeiterinteressen zu kämpfen bereit wäre, könnte viel für die Arbeiter erreichen, z.B.

- Einführung der 35-Stunden-Woche im öffentlichen Dienst;
- Beginn eines intensiven Wohnungsbauprogramms, um Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit spürbar zu mindern;
- Einführung der autofreien Innenstadt, damit zusammenhängend Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs sowie kostenlose Benutzung;
- starke Umweltauflagen für Lübecker Betriebe und deren strikte Überwachung.

Auf kommunaler Ebene könnte eine solche Strategie beispielhaft beginnen (siehe Liverpool!). Aber um dies alles abzusichern, muß die SPD nicht nur in den Kommunen, sondern auch in den Ländern und im Bund die abso-

lute Mehrheit bekommen.

Wählen alleine genügt aber nicht. Arbeiter und Jugendliche sollten auch in die SPD eintreten und für ein sozialistisches Programm eintreten. Ich fordere jeden auf, SPD zu wählen und bei den Jusos und in der SPD aktiv zu werden. Nur so kann verhindert wer-

den, daß die CDU weiter ihre unternehmerfreundliche Politik betreibt und den Reichtum unserer Gesellschaft von unten nach oben verteilt.

Ronald Beauvais, Lübeck
Jungsozialist

Dafür kämpft VORAN



- Sofortige Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich, als ein Schritt zur weiteren Arbeitszeitverkürzung und Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle.
- Drastische Kürzungen der Militärausgaben.
- Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie, verbunden mit Lohnfortzahlung bzw. Ersatzarbeitsplatzgarantie für die Beschäftigten.
- Garantiertes Mindestlohn von 1500,- DM für alle.
- Rücknahme aller Kürzungen und ein staatliches Programm zur Förderung des Wohnungsbaus, des Umweltschutzes, der Gesundheitsfürsorge, der Bildung...
- Volles Wahlrecht auf allen Ebenen für alle in der BRD lebenden Menschen.
- Keine Unterordnung der SPD-regierten Städte, Landkreise und Länder unter die Zwänge der von

der Bundesregierung vorgegebenen Spar- und Steuerpolitik. Stattdessen gemeinsamer Widerstand mit den Gewerkschaften gegen Kohl und Kapital.

- Verstaatlichung der 200 größten Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle. Demokratische Verwaltung der verstaatlichten Betriebe durch gewählte und jederzeit abwählbare Vertreter (z.B. je 1/3 Vertreter der Belegschaft, der Gewerkschaft und des Staates), die nicht mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.
- Für einen demokratisch aufgestellten Produktionsplan, entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung.
- Für eine SPD-Alleinregierung im Bund, die die Arbeiterbewegung zur Durchsetzung eines solchen sozialistischen Programms mobilisiert.